

V-3 Kontowechsel des Landesverbands für ein GRÜNES Berlin – nachhaltig auch beim Geld!

Antragsteller*in: Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte)
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Antrag Strukturprozess und Satzungsänderungsanträge

1 Der Landesverband Berlin führt nach wie vor seine Konten bei der Berliner
2 Sparkasse. Die
3 Berliner Sparkasse ist – wie fast alle Sparkassen – keine nachhaltige Bank,
fördert fossile
Brennstoffe und wird von vielen Klima- und Umweltverbänden kritisiert.

4 Wir fordern den Landesverband Berlin auf, schnellstmöglich mit allen seinen
5 Partei-Konten zu
6 einer nachhaltigen Bank zu wechseln. Hierfür muss ein bekannter, öffentlich
7 einsehbarer
Bewertungsmaßstab für die Bank ausgewählt werden. Die Wahl der Prinzipien ist
parteiöffentlich zu machen. Der Wechsel soll bis spätestens Dezember 2025
erfolgen.

Begründung

Seit Jahren führt der GRÜNE Landesverband seine Konten und die der Kreisverbände bei der Berliner Sparkasse. Dabei ist die Berliner Sparkasse keine nachhaltige Bank: Keine deutsche Sparkasse verpflichtet sich im Rahmen der UN Net Zero Banking Alliance zur Klimaneutralität bis 2050 – auch nicht die Berliner Sparkasse [1]. Das Berliner Bankhaus verpflichtet sich nicht einmal zu den deutlich lascheren „UN Principles for Responsible Banking“, anders als die Deutsche Bank oder die Commerzbank, die auch nicht den Ruf einer nachhaltigen Bank genießen [2].

Die Berliner Sparkasse hat zwar eine Selbstverpflichtung deutscher Sparkassen und Dienstleistungsunternehmen der SFG für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften unterzeichnet, diese ist aber vage und wird zurecht von Verbänden kritisiert. Im Fokus der Kritik steht vor allem: Die Finanzierung von Kohleunternehmen wie RWE und die fehlende Festlegung, wann fossile Brennstoffe nicht mehr finanziert werden sollen [3]. Da ist es wenig verwunderlich, dass die Schwester-Sparkassen aus Düsseldorf oder Köln-Bonn und die Sparkassen Fonds-Gesellschaft Deka, die auch der Berliner Sparkasse gehört, Rüstungskonzerne wie Rheinmetall finanzieren [4][5]. Auf kritische Berichterstattung und Nachfragen reagiert die Berliner Sparkasse erst gar nicht – scheinbar ist ihnen das Thema Nachhaltigkeit weder wichtig, noch liebsam [6].

Auch bekannte Ratgeber, wie Utopia, und die Verbraucherzentrale machen deutlich: Sparkassen sind keine nachhaltigen Banken [7][8][9].

Und dabei ist schon lange klar: Desinvestment ist eines der wichtigsten und wirksamsten Mittel für Klimaneutralität und eine bessere Zukunft [10]! Daher müssen die mehreren hunderttausenden Euros GRÜNES Parteivermögen schnellstmöglich einer grünen Bank zugutekommen. Disinvest Now!

[1] <https://www.unepfi.org/net-zero-banking/members/>

[2] <https://www.unepfi.org/banking/prbsignatories/>

[3]

<https://www.urgewald.org/medien/klimaschutz-selbstverpflichtung-sparkassen-laesst-konkreten-fahrplan-vermissen>

[4]

<https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/ranking-fair-finance-guide-2019-sparkassen-sind-in-sachen-nachhaltigkeit-das-schlusslicht-in-der-bankenwelt/24341122.html>

[5]

https://www.urgewald.org/sites/default/files/Kurzbeschreibungen%20der%20in%20den%20Deka-Fonds%20gefundenen%20Firmen_1.pdf

[2] <https://background.tagesspiegel.de/sustainable-finance/sparkassen-mit-erheblichem-nachholbedarf>

[7] <https://utopia.de/ratgeber/ethische-banken-die-besten-im-ueberblick/>

[8]

https://www.geld-bewegt.de/sites/default/files/2020-11/2020_%C3%9Cbersicht_Banken%20mit%20Nachhaltigkeitsstandards.pdf

[9] <https://www.fairfinanceguide.de/>

[10] <https://www.thebanker.com/Divestment-is-banks-best-tool-for-net-zero-1687418585>

Unterstützer*innen

Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Florian Maaß (KV Berlin-Mitte), Lara Liese (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Laura Kroschewski (KV Berlin-Mitte)

V-4 Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.12.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Antrag Strukturprozess und Satzungsänderungsanträge

1 Wie viele andere Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen haben auch wir in
2 Berlin in den
3 vergangenen Jahren ein enormes Wachstum unserer Mitgliederzahl erlebt. Innerhalb
4 weniger
5 Jahre hat sich die Anzahl unserer Mitglieder in Berlin mehr als verdoppelt. Immer
6 mehr
Menschen schlossen sich unserem Landesverband an, um gemeinsam mit uns unsere
Ideen für ein
klimaneutrales, sozial gerechtes und weltoffenes Berlin zu verfolgen. Zugleich
sind die
Erwartungen der Stadtgesellschaft an uns Bündnisgrüne gewachsen.

7 Dieser Verantwortung wollen wir als Partei gerecht werden und dabei alle
8 Mitglieder, die
9 sich aktiv einbringen wollen, mitnehmen. Schon jetzt arbeiten wir
10 digitalisierter,
11 projektbezogener, diverser, individueller, professioneller und sind breiter in
der
Stadtgesellschaft verankert als früher. Das wollen wir fortsetzen und gemeinsam
weiter
wachsen und uns weiterentwickeln.

12 Daher hat der Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Berlin den Beschluss der
13 Landesdelegiertenkonferenz vom Dezember 2021 aufgegriffen und eine gemeinsame
14 Strukturreform
15 auf den Weg gebracht . Der Landesausschuss beauftragte im März 2022 den
16 Landesvorstand
überdies, eine Strukturkommission einzuberufen, die ihn bei der Umsetzung des
Strukturreformprozesses beraten soll.

17 Die Konzeption des Prozesses stellte die Partizipation der Mitglieder und

18 Gliederungen in
19 den Mittelpunkt. Ziel war, die Weiterentwicklung des Landesverbands aus dessen
Mitte heraus
zu betreiben.

20 Dabei galt es, alles anzuschauen, jede Idee zu hören und gemeinsam die besten
21 Lösungen zu
22 entwickeln. Im Rahmen des partizipativen Prozesses fanden ein Call for Papers,
23 eine digitale
24 Kickoff-Konferenz, eine Zukunftskonferenz in Präsenz und eine digitale
25 Mitgliederumfrage
26 statt. Auf diese Weise konnten alle Mitglieder und Gliederungen unseres
27 Landesverbands ihre
28 Ideen in den Strukturreformprozess einbringen. Unterbrochen durch die
29 Wiederholungswahl
30 haben wir die Arbeit am Strukturprozess im Frühjahr 2023 wieder aufgenommen und
die von der
Strukturkommission und dem Landesvorstand auf Basis des partizipativen Prozesses
erarbeiteten Maßnahmen in verschiedenen Parteigremien diskutiert. Wir bedanken
uns bei allen
Mitgliedern für den lebhaften Beteiligungsprozess und die konstruktiven Debatten.
Besonderer
Dank gilt zudem der Strukturkommission, die den Prozess begleitet und den
Landesvorstand
beraten hat.

31 Die Ergebnisse der Strukturreform sollen in den kommenden Jahren umgesetzt und
32 evaluiert
33 werden. Parallel zum Landesverband führen der Bundesverband und einige
34 Kreisverbände
35 ebenfalls Strukturreformprozesse durch. Mit diesem Antrag entwickeln wir uns als
36 Landesverband ein gutes Stück weiter: Wir erleichtern die Gremienarbeit,
37 professionalisieren
38 die Kreisverbände, stärken die Stadtrandlagen, fördern die Arbeit der LAGen,
39 fördern
Diversität und bringen mehr Mitglieder in das Parteilieben ein. Das heißt
allerdings nicht,
dass damit alle Arbeit getan ist. Auch auf der nächsten LDK werden wir als
Berliner
Landesverband gemeinsam beraten, wie wir unsere parteiinternen Strukturen
weiterentwickeln
können, um so besser Politik für die ganze Stadt zu machen.

40 **1. Gremien und Debatten**

41 Unsere politische Arbeit lebt vom Diskurs und dem Austausch. Unsere Parteitage,
42 Gremiensitzungen, Konferenzen und Ausschüsse sowie die
43 Kreismitgliederversammlungen und die
44 Treffen unserer Landesarbeitsgemeinschaften sind die Orte, an denen wir
45 miteinander ins
Gespräch kommen, uns über Positionen und bestmögliche Lösungen austauschen,
Kompromisse
finden, uns kritisch hinterfragen und gegenseitig unterstützen.

46 Es ist unser Ziel, für unsere Mitglieder den Zugang zu diesen Orten möglichst
47 einfach zu
48 gestalten. Wir wollen Räume schaffen, in denen sich alle Personen dazu eingeladen
49 fühlen,
sich an unseren Debatten zu beteiligen und an unseren Beschlüssen mitzuwirken –
transparent,
niedrigschwellig und inklusiv.

50 Wir bekräftigen, dass bei unseren Sitzungen kein Platz für misogynen,
51 diskriminierendes,
52 antisemitisches, rassistisches und ausgrenzendes Verhalten ist: Unsere Partei
53 lebt von der
54 Vielfalt und für die Vielfalt. Unser Ziel ist es, der gesamten Breite unseres
55 Landesverbandes zu ermöglichen, sich einzubringen und unsere Partei aktiv
56 mitzugestalten.
Dafür möchten wir unsere Debattenkultur stärken, damit diese auch zukünftig jede
Person dazu
einlädt, ihre Perspektive zu teilen. Austauschräume, die von einzelnen, lauten
Stimmen
dominiert werden, lehnen wir ab.

57 Für viele unserer (Neu-)Mitglieder stellt unsere Gremienlandschaft ein Dickicht
58 dar, das
59 schwer zu durchschauen ist. Zudem ist das Profil und die Arbeitspraxis mancher
60 Gremien über
61 die Zeit unklarer geworden. Im Strukturprozess wurde seitens der Mitglieder
dementsprechend
wiederholt der Wunsch geäußert, das komplexe System unserer Gremien zu
vereinfachen und
besser zu erklären.

62 Der Landesverband wird daher eine anschauliche und verständliche Gremienübersicht
63 erstellen
64 sowie Videos produzieren, in denen unsere Gremien, deren Zusammensetzung,
Funktion und
Arbeitsweise anschaulich erklärt werden.

65 Unsere Parteitage sind der Ort der programmatischen Weiterentwicklung. Anträge
66 sind dabei
67 das zentrale Instrument, um Positionen unserer Partei zu entwickeln und zu
68 beschließen. Um
69 die Antragstellung für alle Mitglieder zu vereinfachen, wird ein Leitfaden für
70 „gute“
Anträge entwickelt und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Zudem wird es zwei
Mal im
Jahr ein Schulungsangebot zu Antragsgrün geben, um allen (potentiellen)
Antragssteller*innen
einen geübten Umgang mit unserem zentralen Antrags-Tool zu ermöglichen.

71 Die Pandemie hat unsere Gremiensitzungen quasi über Nacht in Videokonferenzen
72 überführt. Die
73 Art der Begegnungen hat sich dauerhaft verändert und mehr und mehr ins Digitale
74 verlagert.
75 Präsenzveranstaltungen und -begegnungen bleiben aber wichtig. Wir wollen den
76 gesellschaftlichen Wandel mitgehen und unseren Mitgliedern eine flexible
77 Teilnahme an
78 Gremiensitzungen ermöglichen. Der Landesverband wird Handlungsempfehlungen zu
79 hybriden und
80 digitalen Angeboten zusammenstellen, die dabei helfen sollen, auch in digitalen
81 und hybriden
82 Räumen eine einladende Moderation und Veranstaltungsdurchführung für alle zu
83 gewährleisten.
84 Dazu gehört, dass in besonderen Ausnahmefällen Wortbeiträge von Gastredner*innen
85 und
86 gesetzten Redner*innen digital erfolgen können. Bisher fehlt eine gesetzliche
87 Regelung durch
88 den Bundesgesetzgeber, die auch Personenwahlen und Beschlüsse in hybriden oder
89 digitalen
Zusammenkünften ermöglicht. Sobald eine solche dauerhafte Regelung in Kraft
tritt, wird der
Landesvorstand einen Vorschlag machen, in welcher Form Gremien zukünftig hybrid
angeboten
werden können, alle formalen Voraussetzungen dafür auf den Weg bringen sowie für
die
Durchführung solcher Gremiensitzungen Handlungsempfehlungen zusammenstellen.
Überdies werden
wir – vorbehaltlich einer Etatisierung im Haushalt – eine Live-Übertragung
unserer
Landesmitgliederversammlung, der Landesdelegiertenkonferenz und der
Landesausschüsse
anbieten. Der Landesverband stellt – vorbehaltlich einer Etatisierung im Haushalt
– die
mobile Ausstattung für hybride Sitzungen zur kostenfreien Ausleihe an seine

Gliederungen zur Verfügung.

90 **2. Grün vor Ort**

91 Kreisverbände sind zentrale Strukturen unserer Partei. In ihnen findet ein großer
92 Teil des
93 Parteilbens statt. Hier lernen sich Mitglieder kennen, kommen zusammen, tauschen
94 sich aus,
95 vernetzen sich mit der Stadtgesellschaft und sorgen für grüne Sichtbarkeit in der
ganzen
Stadt. Es sind Orte, in denen politische Willensbildung stattfindet und
politische
Positionierungen für die Bezirks- und häufig auch für die Landesebene verhandelt
werden.

96 Es sind die Vorstände der Bezirksgruppen und die Mitarbeiter*innen der
97 Kreisgeschäftsstellen, die vor Ort maßgeblich die politische Willensbildung
98 organisieren und
99 für ein Gemeinschaftsgefühl im Kreisverband sorgen. Diese wertvolle Arbeit
100 braucht
101 Unterstützung. Die Kreisverbände benötigen eine solide Finanzausstattung, um ihre
102 politische
103 und organisatorische Arbeit ausüben zu können. Wir wollen gemeinsam mit allen
104 Gliederungen
105 des Landesverbandes deren Finanzierung weiterentwickeln und wo nötig einen
106 Vorschlag zur
107 Änderung der Beitrags- und Kassenordnung vorlegen. Den Kreisverbänden sollen
108 Leitfäden zur
109 Durchführung von Sitzungen und zur Protokollführung zur Verfügung gestellt
110 werden. Für die
111 ehrenamtlichen Vorstände der Bezirksgruppen sollen - vorbehaltlich einer
112 Etatisierung im
113 nächsten Haushalt - Schulungen durch den Landesverband angeboten werden, die
114 insbesondere
115 den neuen Mitgliedern der Vorstände dabei helfen, in ihre ehrenamtlichen Aufgaben
116 bestmöglich hineinzuwachsen. Dazu zählen regelmäßige Schulungsangebote für
117 Personalführung,
118 Datenschutz, Diversitätsförderung und Neumitgliedereinbindung anbieten sowie für
119 die
120 Kreisverbände zusätzlich Angebote in den Themenbereichen Öffentlichkeitsarbeit,
121 Wahlkampf,
122 Moderation und Projektmanagement. Diese Schulungen sollen auch für die
123 Kreisgeschäftsführungen offen sein, denn sie sind Anlaufstelle für Mit- glieder,
124 sie
125 organisieren Veranstaltungen und managen die Kreisverbände, deren Teams und

Personal. Der Landesverband wird überdies ein "KV-Handbuch" erstellen, das Hinweise zur Arbeit der Kreisgeschäftsführung und der Organisation der Kreisgeschäftsstelle sowie Empfehlungen zur Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Vorständen der Bezirksgruppen enthält. Ebenso soll es ehrenamtlichen Vorständen in ihrem Engagement für den Kreisverband Anleitung und Orientierung geben. Für jede Bezirksgruppe gibt es eine Ansprechperson im Landesvorstand. Die Zuteilung der Bezirksgruppen zu Landesvorstandsmitgliedern wird in einer Übersicht zur Verfügung gestellt.

Wir wollen die Arbeit der Bezirksgruppen unter unseren Mitgliedern noch bekannter machen.

Die Landesgeschäftsstelle soll gemeinsam mit den jeweiligen Bezirksvorständen jeweils Flyer entwickeln, die die Arbeit der Bezirksgruppe vorstellt und über die Möglichkeit informiert, sich zu engagieren und wer die direkten Ansprechpartner*innen für Neumitglieder sind. Diese Flyer sind im Willkommenspaket für Neumitglieder enthalten.

126 Die weitere Professionalisierung der Kreisgeschäftsstellen ist ein langfristiges
127 Projekt, zu
128 dem auch der Bundesverband im Rahmen des derzeit bundesweit laufenden
129 Strukturprozesses
130 Maßnahmen ergreifen wird. Im Fokus des Prozesses stehen die Aufgabenverteilung
131 und das
132 Rollenverständnis inner- halb von Kreisverbänden. Ziel ist, Empfehlungen für
133 effiziente
134 Strukturierung von Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen. Auch wir möchten die
135 Arbeitssituation der Mitarbeiter*innen der Kreisgeschäftsstellen stärken und die
136 Kreisverbände weiter professionalisieren. Wir wollen Mitarbeitende langfristig in
137 den
138 Kreisgeschäftsstellen behalten und streben dafür attraktive und gute
139 Arbeitsverhältnisse an.
140 Im ersten Quartal wird vom Landesvorstand eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die
141 Lösungen mit
142 Standards der Personalführung, der Arbeitsverhältnisse sowie Vergütung erarbeiten
143 soll.
144 Diese Arbeitsgruppe soll die Perspektiven des Landesvorstandes, der
145 Kreisvorstände, der
146 Mitarbeitenden und der Strukturkommission bestmöglich abdecken. Dazu besteht die
147 Arbeitsgruppe jeweils aus zwei (quotierten) Vertreter*innen der KleiKo, der
148

149 großen
150 Kreisverbände und der Kreisgeschäftsführungen sowie jeweils eine Vertreter*in der
LAG
GewerkschaftsGrün, sowie des Landesvorstandes und der Landesgeschäftsführung.

Als Grundlage für die Arbeitsgruppe, wurde bereits ein ergebnisoffenes
juristisches
Gutachten in Auftrag gegeben, um zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, einen
Betriebsrat
oder eine gemeinsame Arbeitnehmer*innenvertretung zu etablieren. In Abhängigkeit
des
Ergebnisses des Gutachtens prüft die Arbeitsgruppe, wie Arbeitnehmer*innenschutz
künftig
besser sichergestellt werden kann, sowie ob und ggf. welche Überarbeitung der
Ombudstelle
notwendig wir. Es obliegt der Arbeitsgruppe ggf. weitere externe Sachverständige
im Lauf des
Diskussionsprozesses auf Grundlage der Gutachtenergebnisse hinzuzuziehen. Die
Ergebnisse der
Arbeitsgruppe werden im Anschluss parteiöffentlich zur Diskussion gestellt und
daraus
abgeleitete Maßnahmen der Beschlussfassung zugeführt.

151 Unsere Mitglieder sind in der gesamten Stadt aktiv. Politik für ganz Berlin ist
152 und bleibt
153 unser Anspruch. Unser Ziel ist, überall in Berlin für grüne Lösungen zu werben
154 und sie
155 umzusetzen. Wir möchten unsere Strukturen in den Stadtrandlagen weiterhin stärken
156 und unsere
157 Mitglieder vor Ort unterstützen. Sie sind in den Bezirksgruppen,
158 Arbeitsgemeinschaften und
159 in den Bezirksverordnetenversammlungen aktiv und wichtige Stimmen, Expert*innen
160 und
161 Multiplikator*innen vor Ort - von der Gropiusstadt, über Biesdorf bis ins
162 Märkische Viertel.
163 Wir begrüßen das Engagement der Konferenz der sog. kleinen Kreisverbände (KleiKo)
und der
(nicht-)jwd-Gruppe, deren Impulse und inhaltlichen Ideen die Perspektiven der
Stadtteile
außerhalb des S-Bahnringes in der Partei stärken und daher wichtig und willkommen
sind.
Damit die Themen, die die Stadtteile außerhalb des S-Bahnringes betreffen, noch
mehr
Aufmerksamkeit bekommen, setzt sich der Landesvorstand gemeinsam mit er AGH-
Fraktion
verstärkt dafür ein, diesen wichtigen Anliegen Gehör zu verschaffen Damit ist die

Arbeit

dieser Gruppen eine sinnvolle Ergänzung bereits bestehender Strukturen.

164 Um eine bessere Sichtbarkeit in den Ortsteilen zu erreichen, in denen es keine
165 bündnisgrünen
166 Repräsentanzen gibt, soll der Landesverband ein Konzept für mobile Formate
167 erarbeiten, um
168 vor Ort präsent zu sein. Hierzu bezieht der Landesvorstand Vertreter*innen der
169 kleinen
170 Bezirke mit ein. Wir wollen so noch besser in die ganze Stadt hinein wirken und
171 unsere
172 Mitglieder motivieren, bei sich vor Ort und auch da, wo wir bisher nur wenige
173 Mitglieder
174 haben, als Grüne sichtbar zu sein und für grüne Werte einzutreten.
175 Funktionsträger*innen und
aktive Mitglieder aus anderen Gebieten möchten wir für eine punktuelle und
gegenseitige
Unterstützung in den Stadtrandlagen gewinnen, beispielsweise durch Tandems in
Wahlkampfzeiten. Dies gilt im Besonderen für unsere Amts- und Mandatsträger*innen
aus Land
und Bund, deren Präsenz wir dort stärken möchten. Der Landesverband strebt an,
Termine
unserer Landesgremien in allen Bezirken der Stadt auch in den Außenbezirken
auszurichten,
dabei berücksichtigt er die gute Erreichbarkeit aus dem gesamten Stadtgebiet.

176 Wir unterstützen die Vernetzung der Berliner Kreisverbände untereinander. In
177 einem nächsten
178 Schritt möchten wir auch über Berlin hinaus die Vernetzung stärken. Konkret
179 streben wir
180 hierfür die fachliche Vernetzung der Kreisverbände mit dem jeweils angrenzenden
Brandenburger Umland an, um unsere grünen Ideen für die Metropolregion gemeinsam
weiterzuentwickeln.

181 **3. Landesarbeitsgemeinschaften**

182 Die Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) sind fachpolitische Denkfabriken unseres
183 Landesverbands. Sie stellen innerparteiliche Debattenräume bereit, um
184 berlinweit(e) Themen
185 zu behandeln und dienen vielen (Neu-)Mitgliedern als erste Anlaufstelle nach dem
186 Parteieintritt. Die LAGen leisten einen Beitrag zur programmatischen Arbeit der
187 Partei,
188 erschließen Fachwissen, arbeiten am Wahlprogramm mit, erarbeiten
Parteitagsanträge,
betreiben Netzwerkarbeit bei Verbänden, Initiativen sowie wissenschaftlichen

Institutionen

und wirken bei der Ansprache von Zielgruppen mit.

189 Es ist unser Ziel, deren Arbeit zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben,
190 sich in
unseren Landes- und Bundesgremien mit ihrer Fachexpertise noch stärker
einzubringen.

191 Wir wollen die Landesarbeitsgemeinschaften unter unseren Mitgliedern noch
192 bekannter machen.
193 Dafür hat die Landesgeschäftsstelle, gemeinsam mit den LAG-Sprecher*innen einen
194 Flyer
195 entwickelt, der deren Arbeit vorstellt und über die Möglichkeit informiert, sich
196 thematisch
197 berlinweit zu engagieren. Dieser Flyer ist im Willkommenspaket für Neumitglieder
198 enthalten
199 und wird allen Kreisverbänden für die Weitergabe an Interessierte und ihre
200 Aktiven zur
201 Verfügung gestellt. Sofern es die Räumlichkeiten erlauben, erhalten LAGen auf
unseren
Landesdelegiertenkonferenzen die Möglichkeit, Stände zu organisieren, um über
ihre Arbeit zu
informieren und ihre Sichtbarkeit nach innen zu steigern. Die Sichtbarkeit nach
außen soll
über die Homepage des Landesverbands sichergestellt werden, auf der sie ihre
Arbeit
präsentieren können. Dazu liegt eine detaillierte Anleitung vor und es werden
regelmäßig
Schulungen angeboten.

202 Der Landesverband wird das bereits existierende LAG-Handbuch aktualisieren, um
203 die Arbeit in
204 den Landesarbeitsgemeinschaften und die Einarbeitung neuer LAG-Sprecher*innen zu
205 erleichtern
206 und weiter zu professionalisieren. Das LAG-Handbuch beschreibt die
207 Arbeitsprozesse,
208 organisatorischen Aufgaben und Formalia der Arbeit in LAGen und soll regelmäßig
mit
Vertreter*innen weiterentwickelt werden. Darüber hinaus soll neuen LAG-
Sprecher*innen die
Einarbeitung durch Übergabetermine mit den Vorgänger*innen sowie – vorbehaltlich
einer
Etatisierung im Haushalt – durch Schulungsangebo- te erleichtert werden.

209 Unser Ziel ist, dass LAGen wirkungsvoll tagen können. Die Raumsuche für

210 Sitzungstermine ist
211 zunehmend schwer geworden. Um den LAGen die Raumsuche zu erleichtern, wird die
212 Landesgeschäftsstelle eine Übersicht mit Räumen und Locations bereitstellen,
213 welche die
214 Landesarbeitsgemeinschaften für ihre Sitzungen verwenden können. Dazu gehören
auch die
Räumlichkeiten der Kreisverbände, die die LGS abfragen und in die
Locationdatenbank
aufnehmen wird.

215 Zum Wissensmanagement und zum Austausch zwischen den LAG-Mitgliedern steht diesen
216 das Grüne
217 Netz als grüne digitale Infrastruktur zur Verfügung. Zur Einführung und Nutzung
218 stellt der
219 Landesverband detaillierte Anleitungen zur Verfügung. In der Grünen Wolke
220 erhalten alle
221 LAGen einen eigenen Ordner und haben die Möglichkeit, Protokolle ihrer Sitzungen,
222 Beschlüsse
und wichtige Arbeitspapiere abzulegen. Diese Ordnerstruktur kann zugleich als
Archiv ihrer
Arbeit genutzt werden. Zudem gibt es einen allgemeinen Ablageort für LAG-
übergreifende
Belange, der von der LGS gepflegt wird. Den LAG-Sprecher*innen werden auch Wolke-
Ordner zur
Verfügung gestellt.

223 In der LGS gibt es eine feste Ansprechperson für die LAGen. Zusätzlich gibt es
224 für jede LAG
225 eine Ansprechperson im Landesvorstand. Die Zuteilung der LAGen zu
226 Landesvorstandsmitgliedern
227 wird den LAGen in einer Übersicht zur Verfügung gestellt. Die weitergehende
228 innerparteiliche
229 Vernetzung und Zusammenarbeit der Landesarbeitsgemeinschaften mit den Amts- und
Mandatsträger*innen in Bezirk, Land und Bund wollen wir durch eine Übersicht der
Fachpolitiker*innen auf Bezirks- und Landesebene weiter ausbauen und darüber
hinaus auch die
thematische Vernetzung unserer Gliederungen und der bezirklichen AGen weiter
fördern.

230 **4. Diversität**

231 Als erster Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen haben wir uns 2017 mit dem
232 Beschluss
233 „Plural nach Vorne“ auf den Weg gemacht, Diversität und eine
234 diversitätsorientierte

235 Entwicklung als zentrales Anliegen unserer Partei zu verankern. Gerade in Zeiten,
236 in denen
237 rechtsextremistische Angriffe unser gesellschaftliches Miteinander zerstören
238 sollen, in
denen die Pandemie die feministische Emanzipation um Jahre zurückgeworfen hat,
Politiker*innen öffentlich klassistische und ableistische Aussagen tätigen und in
denen
queere Menschen im Netz und auf der Straße Angriffen ausgesetzt sind, ist es
wichtig, in
unserer Partei das Bekenntnis zur Diversität mit Leben, Inhalt und Relevanz zu
füllen.

239 Über die letzten fünf Jahre sind wir diesem Ziel mit jedem Tag ein kleines Stück
240 näher
241 gekommen. Aber wie auch unsere Diversitätsumfragen zeigen: Es gibt für uns noch
242 sehr viel zu
243 tun. Unseren Landesverband tatsächlich zu einem politischen Raum zu gestalten,
der nicht nur
an alle denkt, sondern auch alle mitnimmt, allen offen steht und die Vielfalt
unserer
Gesellschaft repräsentiert, ist ein fortwährender Prozess.

244 Wir verstehen Diversität intersektional, wir wissen, dass Menschen mehrfach
245 marginalisiert
246 und auch privilegiert sein können und sich diese verschiedenen Aspekte
247 gegenseitig
248 verstärken, verändern und formen können. Wir wollen die verschiedensten
vielfältigen
Perspektiven stärken, aber auch Diskrimi- nierung bekämpfen, Barrieren abbauen
und
Geschlechtergerechtigkeit neu denken.

249 Wir wollen Menschen mit Behinderung die politische Teilhabe in unserer Partei
250 besser
251 ermöglichen. Der Bundesverband hat einen Leitfadens für Barrierefreiheit
252 entwickelt, der
253 innerhalb des Landesverbands stärker verbreitet und genutzt werden soll.
254 Desweiteren wird
255 die Landesgeschäftsstelle einen Angebotspool für Gebärdendolmetschung einrichten.
256 Das Thema
257 Barrierefreiheit in der Partei ist damit aber natürlich noch nicht abgeschlossen.
258 Der
Landesverband wird unter Beachtung der finanziellen Kapazitäten das Ziel der
physischen und
digitalen Barrierefreiheit auf allen Ebenen weiter stärken. Dafür werden unter
anderem die

zur Verfügung stehenden Mittel für Barrierefreiheit stärker beworben werden. Darüber hinaus wird der Diversity-Rat die Bedarfe in diesem Bereich analysieren und auf dieser Basis, wenn nötig, einen Maßnahmenplan für mehr Barrierefreiheit erarbeiten.

259 Im Zuge des Strukturprozesses wurde Klassismus und der Ausschluss aufgrund des
260 sozialen
261 Status kritisch thematisiert. Wir wollen Klassismus in unseren Strukturen
262 abbauen. Der
263 Diversity-Rat soll einen Maßnahmenplan entwickeln, der unter anderem die
264 Sensibilisierung
unserer Amts- und Mandatsträger*innen für klassistische Diskriminierung umfasst. Dies ist gerade für unsere Partei, in der ein sehr großer Teil der Mitglieder und Amts- und Mandatsträger*innen einen Hochschulabschluss besitzt, eine wichtige Aufgabe.

265 Ein zentrales Anliegen im Bereich Geschlechtergerechtigkeit ist die Stärkung von
266 inter- und
267 transge- schlechtlichen sowie nicht-binären und agender Perspektiven in unserer
268 Partei. In
269 diesem Zusammen- hang wurde die Ausweitung des Frauenstatuts auf ein
270 FLINTA*-Statut
271 diskutiert. Der Landesvorstand begrüßt, dass diese Debatte perspektivisch auf
272 Bundesebene
geführt wird. Zudem möchten wir Struk- turen wie Safe Spaces für FLINTA* etablieren, um Sichtbarkeit und Partizipation von FLINTA*-Perso- nen weiter auszubauen. Die Frauen*Konferenz hat überdies in diesem Sinne im September diesen Jahres für die Umgestaltung der Frauen*Vollversammlung in eine FLINTA*Vollversammlung votiert.

273 Das Frauenstatut ist ein Grundpfeiler unserer Partei und hat seit vielen
274 Jahrzehnten
275 Tradition. In un- serer Mitgliederumfrage gaben allerdings nur 59 Prozent der
276 Befragten an,
277 dass es sehr oder eher zu- treffend sei, dass das Frauenstatut ordnungsgemäß
278 angewandt
279 werde. Die Zahlen zeigen, wie sehr es weiterhin notwendig ist, regelmäßig auf das
280 Frauenstatut zu verweisen und Neumitglieder genauso wie langjährige Mitglieder über unsere Regelungen zu informieren. Daher wird die Landesgeschäftsstelle eine Informationsoffensive zur Umsetzung des Frauenstatuts starten, die alle Ebenen, Gliederungen und Gremien adressiert. Teil davon wird ein Leitfaden zum Frauenstatut sein.

281 Ein weiteres Ergebnis der Umfrage ist, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder
282 nicht genau
283 weiß, wohin sie sich bei Fällen sexualisierter Gewalt oder Belästigung wenden
284 können. Daher
wird die Landesgeschäftsstelle die Beschwerdekommision für Fälle sexueller
Belästigung
breiter bewerben.

285 Diversity-Schulungen bietet der Landesverband bereits an und wird dies auch
286 weiterhin tun,
um die Diversitykompetenzen unserer Mitglieder und Funktionsträger*innen weiter
zu stärken.

287 **5. Mitmachen**

288 Unsere Partei lebt von ihren Mitgliedern. Es ist unsere Aufgabe, ihnen ein gutes
289 Ankommen
290 und eine niedrigschwellige Mitarbeit zu ermöglichen. Dabei sehen wir uns aufgrund
291 des
292 enormen Wachstums und der Digitalisierung vor Herausforderungen gestellt. Die
293 Integration
294 und Vernetzung neuer sowie langjähriger Mitglieder ist für uns der Schlüssel für
295 eine
nachhaltige Organisationsentwicklung. Gemeinsam mit den Kreisverbänden und
Landesarbeitsgemeinschaften wollen wir den aktuellen On-boarding-Prozess für
Neumitglieder
evaluieren und gemeinsam weiterentwickeln, um sicherzustellen, dass wir trotz des
Wachstums
transparent, agil und vielfältig sind.

296 Im Aufnahmeprozess nach dem Parteieintritt gewinnen die Neumitglieder den ersten
297 Eindruck
298 von uns als Partei. Die Aufnahme ist daher entscheidend, wenn Mitglieder
299 langfristig an die
300 Partei gebunden werden sollen. Die Mitgliederbefragung ergab, dass 73 Prozent der
Neumitglieder (<2 Jahre) sich gut in die Partei aufgenommen gefühlt haben. Die
Materialien,
die zum Eintritt zur Verfügung gestellt werden, wurden als sehr hilfreich
wahrgenommen.

301 48 Prozent der Befragten gaben allerdings auch an, dass sie nicht genau wussten,
302 an wen sie
303 sich bei Fragen wenden können. Strukturen erschließen sich oft erst im Laufe der
304 Zeit und
305 das eigene Engagement muss den passenden Ort in vielen Fällen erst noch finden.

306 Daher
307 wollen wir in Land und Bezirken übersichtlich über die verschiedenen politischen
308 Inhalte und
Mitmachmöglichkeiten informieren, um nachhaltig gesicherte Informationen zur
Verfügung
stellen zu können. Dazu wird das Starterpack für Neumitglieder überarbeitet und
der
Begrüßungsbrief aus der Landesgeschäftsstelle optional durch einen Brief der
jeweiligen
Gliederung sowie mehr Informationen zu Mitmachangeboten ergänzt werden.

309 Darüber hinaus möchten wir die Webseite des Landesverbandes im Bereich
310 "Mitmachen"
311 überarbeiten. In kurzen "How-to"-Videos sollen verschiedene Bereiche der
Parteiarbeit, die
für Neumitglieder besonders interessant sind, erklärt werden.

312 Um für alle Gliederungen einheitliche Standards bei der Aufnahme von
313 Neumitgliedern zu
314 setzen, haben sich im Zuge der Strukturreform die Neumitgliederbeauftragten der
315 Kreisverbände vernetzt. Diesen Zusammenschluss möchten wir verstetigen und den
316 Austausch –
etwa über Best-Practice-Beispiele – vertiefen und den Aufnahmeprozess für
Neumitglieder
gemeinsam weiterentwickeln.

317 Nicht nur Neumitglieder sollten mit unserer Unterstützung in die Partei
318 integriert werden.
319 Oft ist es auch der Fall, dass Mitglieder, die schon lange in der Partei sind,
320 nicht (mehr)
321 aktiv sind. Um auch diese Mitglieder zu erreichen, empfehlen wir sowohl dem
Landesverband
als auch den Kreisverbänden, Aktivierungstreffen für sogenannte "Alt"mitglieder
zu
organisieren.

322 Die Digitalisierung der Parteistrukturen ist ein Großprojekt, das wir als Partei
323 über alle
324 Ebenen hinweg weiter vorantreiben werden. Der Bundesverband plant im Rahmen des
325 Strukturprozesses die Weiterentwicklung der Grünen Tools, z. B.. Auch ein Netz-
326 Login für
327 Nichtmitglieder im Grünen Netz soll geschaffen werden. Auf Landesebene wollen wir
328 die
329 Vernetzung der Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften im Bereich
Digitalisierung

vorantreiben, um den Erfahrungsaustausch und (gemeinsame) Projekte voranzubringen. Um die Arbeit in der Partei zu erleichtern, werden die Mailinglisten für Mitglieder neu konzipiert, die Mitgliederverwaltung anonymisiert und Finanzprozesse digitalisiert.

330 Viele Ehrenamtliche, die sich bei uns als Vorständ*in oder Sprecher*in
331 engagieren, wissen,
332 wie zeitaufwändig und kräftezehrend das Engagement für die Partei sein kann. Die
333 Überlastung
334 der ehrenamtlichen Strukturen war immer wieder Thema im partizipativen Prozess,
335 sowohl bei
336 den Konferenzen als auch bei Beratungen der Strukturkommission. Aber auch
337 Mitglieder ohne
338 ein Amt wollen Parteiarbeit mit Familie, Beruf und Privatleben vereinbaren. Dazu wird der Landesverband sich im Rahmen des Strukturprozesses auf Bundesebene für weitere Maßnahmen einsetzen, wie z.B. ein Handout für die Vereinbarkeit von Parteiarbeit mit Familie, Beruf und Privatleben. Der Landesverband wird zudem den bestehenden Rahmenvertrag mit einer Agentur für Kinderbetreuung verstetigen und weiter in den Gliederungen bekannt machen.

V-3 Kontowechsel des Landesverbands für ein GRÜNES Berlin – nachhaltig auch beim Geld!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.12.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

1 Der Landesverband Berlin führt bisher seine Konten bei der Berliner Sparkasse.
2
3 Der Landesverband prüft ergebnisoffen, ob ein Kontowechsel mittelfristig sinnvoll
4 ist. Bei
5 dieser Prüfung spielen vor allem folgende Kriterien eine Rolle: das
6 Geschäftsmodell,
7 ökologische und soziale Nachhaltigkeit, Service, Sicherheit (insbesondere die
8 Möglichkeit
9 das Vier-Augen-Prinzip gut umzusetzen), Konditionen, Regionalität und Kosten
10 eines möglichen
Kontowechsels.

Die Ergebnisse der Prüfung werden im Landesfinanzrat diskutiert. Der Landesfinanzrat spricht eine Empfehlung an den Landesvorstand aus, ob ein Kontowechsel sinnvoll ist und wenn ja, zu welcher Bank.

V-6 Berlin soll die Wiedereröffnung der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee sicherstellen

Gremium: LAG Säkulare Grüne
Beschlussdatum: 01.11.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

1 Die LDK erklärt ihre Solidarität mit den Mitgliedern der liberalen
2 Moscheegemeinde der Ibn-
3 Rushd-Goethe-Moschee und deren Imamin Seyran Ates. Diese Moschee ist eine
wichtige
Anlaufstelle für queere und liberale Muslim*innen in Berlin.

4 Die Imamin und die Moscheegemeinde sind seit der Gründung im Jahr 2017 der Hetze
5 von
6 reaktionären Islamisten im In- und Ausland ausgesetzt und erhalten immer wieder
7 Morddrohungen. Aufgrund der jetzt bekannt gewordenen Anschlagpläne seitens der
8 Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) muss die Moscheearbeit aus
9 Sicherheitsgründen
10 eingestellt werden. Diese Angriffe entspringen der gleichen islamistischen
Geisteshaltung,
die nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel Judenhass und Antisemitismus
immer
unverhohlener auf die Straße trägt.

11 Wir fordern vom Berliner Senat und den Sicherheitsbehörden, gemeinsam mit der
12 Moscheegemeinde ein Schutzkonzept zu entwickeln, damit die Moschee wieder
13 eröffnet werden
14 kann und ein offener Moscheebetrieb ohne Gefahren für Leib und Leben der
Moscheebesucher*innen möglich ist.

15 Die Religionsfreiheit muss für die Mitglieder der Moscheegemeinde in vollem
16 Umfang
wiederhergestellt und garantiert werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

V-7 #wirfahrenzusammen - ein starker ÖPNV braucht gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Finanzierung

Antragsteller*in: Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

1 Für uns Bündnisgrüne steht fest: wir brauchen eine massive Stärkung des
2 öffentlichen
3 Nahverkehrs, um allen Menschen bequeme, sichere, bezahlbare und klimafreundliche
4 Mobilität
5 zu ermöglichen. Knapp 20.000 Beschäftigte von BVG und BT (Berlin Transport)
6 sorgen täglich
7 für die Mobilität von uns Berliner*innen. Doch ihr Arbeitsalltag ist oft bestimmt
von
extremer Arbeitsbelastung, unsicherem Arbeitsumfeld durch marode Infrastruktur
und
Personalmangel. Das führt wiederum zu Stress und hohen Krankheitsständen, was die
Situation
weiter verschärft.

8 Um den Takt gerade in den Außenbezirken zu verdichten und neue Strecken bedienen
9 zu können,
10 muss das Personal in den kommenden Jahren massiv angelernt und aufgestockt
11 werden. Bessere
12 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und Investitionen in den ÖPNV machen es
möglich,
dass Wartezeiten verkürzt und Fahrausfälle sowie überfüllte Busse und Bahnen
verhindert
werden können.

13 Durch autozentrierte Politik der letzten Jahrzehnte wurden der ÖPNV sowie Fuß-
14 und
15 Radinfrastruktur lange vernachlässigt und kaputt gespart. Mit dem
16 Mobilitätsgesetz haben wir
17 das in der letzten Rot-Rot-Grünen Regierung geändert. Dass die
18 Rückschnittskoalition aus CDU
19 und SPD die Mobilitätswende nun blockiert, kritisieren wir scharf. Statt den
Ausbau des
Umweltverbands zu stoppen, muss dieser finanziell klar Priorität haben! Die

Mobilitätswende

gelingt dabei nur, wenn der Ausbau von klimafreundlicher Mobilität für alle und gute, sichere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten Hand in Hand gehen.

20 Im Frühjahr 2024 finden bundesweit Verhandlungen der Rahmentarifverträge statt.
21 Diese regeln
22 allgemeine Arbeitsbedingungen wie beispielsweise Urlaubs- und
23 Arbeitszeitregelungen. Unter
24 der Kampagne #wirfahrenzusammen streiten Beschäftigte des ÖPNV, die zuständige
25 Gewerkschaft
26 ver.di und Klimaaktivist*innen von Fridays for Future gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal und höhere Investitionen in den ÖPNV. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin schließen wir uns diesen Anliegen an. Wenn Anfang 2024 die Beschäftigten von BVG und BT in Berlin für bessere Arbeitsbedingungen streiten, stehen wir solidarisch an ihrer Seite.

Begründung

Wir fahren zusammen ist eine Kampagne zwischen Fridays for Future und der Gewerkschaft ver.di. Die Kampagne vereint Arbeitskämpfe für bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV mit dem Kampf gegen die Klimakrise. Die Klimabewegung erkennt an, dass es ohne gute Arbeitsbedingungen die benötigte massive Aufstockung im ÖPNV nicht geben kann. Gleichzeitig unterstützen die Beschäftigten die Klimaproteste von Fridays for Future.

Die Kampagne startete am 15.09.23 eine Petition, die massive Investitionen in den ÖPNV und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sowie mehr Personal fordert. Die Grüne Jugend Berlin unterstützt diese Petition bereits und sammelte auf dem Globalen Klimastreik gemeinsam mit Bündnispartner*innen 5.000 Unterschriften. Bundesweit kamen bisher 32.700 Unterschriften zusammen.

Unterstützer*innen

Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin), Anton Zagolla (LV Grüne Jugend Berlin), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Emma Lou Unser (LV Grüne Jugend Berlin), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)

V-8 Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*in: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

1 Als Bündnisgrüne stellen wir uns entschieden gegen die geplanten Verschärfungen
2 der Berliner
Polizeigesetze durch CDU und SPD.

3 Die beabsichtigten Änderungen enthalten zahlreiche Maßnahmen, die die Grundrechte
4 aller
Menschen in Berlin aushöhlen:

- 5 • Menschen sollen für bis zu eine Woche eingesperrt werden können, ohne
6 überhaupt eine
7 Straftat begangen zu haben. Schon wer eine Ordnungswidrigkeit ankündigt
8 oder in der
Vergangenheit begangen hat, soll künftig in Präventivhaft genommen werden
können.
Dabei sollen künftig schon grobe Anhaltspunkte für eine solche Anordnung
ausreichen.
- 9 • Der Einsatz potenziell tödlicher Taser wird zum Sicherheitsrisiko für alle,
10 insbesondere für Menschen mit Herzschrittmacher, Vorerkrankungen oder für
Schwangere.
- 11 • Die geplanten Messerverbotzonen ermöglichen anlasslose Maßnahmen durch die
12 Hintertür
13 und schaffen ein Einfallstor für willkürliche Kontrollen, ohne wirklich zur
Sicherheit
beizutragen.

14 Statt für mehr Sicherheit zu sorgen und die Versammlungsfreiheit zu garantieren,
15 ebnet
16 dieses Gesetz den Weg für eine Regierung, die die Grundrechte unliebsamer
politischer
Bewegungen einschränkt und den Rechtsstaat angreift.

17 Berlin braucht keine Law & Order Politik, die Demonstrierende und marginalisierte

18 Gruppen
19 kriminalisiert, das Leben von Schwangeren und Menschen mit Vorerkrankungen
20 gefährdet und die
Grundrechte aller einschränkt. Stattdessen braucht Berlin eine
Sicherheitspolitik, die
tatsächlich die Sicherheit aller schützt.

21 Sogenannte Kriminalitätsbelastete Orte (Kb0) dürfen nicht länger als Vorwand für
22 übermäßige
23 und intransparente Kontrollen dienen, sondern müssen als Versagen des Staates bei
24 der
25 Fürsorge für Betroffenen verstanden werden. Daher müssen Soziale Arbeit,
26 Prävention und
Zukunftsperspektiven in den Mittelpunkt staatlichen Handelns rücken.
"Kriminalitätsbelastete
Orte" im Sinne polizeilich definierter Gebiete, an denen die Befugnisse der
Polizei deutlich
ausgeweitet werden, gehören abgeschafft.

27 Statt Menschen zu kriminalisieren, muss Berlin endlich

- 28 • soziale Projekte stärken,
- 29 • ausreichend Frauenhäuser finanzieren,
- 30 • die Unterbringung und Teilhabe von Geflüchteten sicherstellen,
- 31 • queere Menschen vor Angriffen schützen,
- 32 • Jugendräume sichern und ausbauen,
- 33 • die Kriminalisierung von Drogen und Sucht beenden,
- 34 • Suchthilfe- und Beratungsangebote ausbauen statt diese einzustampfen und
- 35 • das Konzept der kriminalitätsbelasteten Orte (Kb0) abschaffen
- 36 • die Polizei entnazifizieren, für Racial Profiling sensibilisieren und
- 37 kontinuierlich
unabhängig evaluieren und kontrollieren.

Begründung

Am 11.10.2023 haben die Koalitionsfraktionen CDU und SPD einen Gesetzentwurf für eine Verschärfung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwG) und weiterer Rechtsvorschriften ins Abgeordnetenhaus eingebracht.^[1] Weitere Gesetzesänderungen, die unter anderem den gezielt tödlichen Einsatz von Schusswaffen (Finaler Rettungsschuss) ermöglichen sollen, sind geplant.^[2]

Diese Gesetzesänderungen reihen sich ein in deutschlandweite Verschärfungen der Polizeigesetze. Dabei wurde die Debatte in den letzten Monaten nicht zuletzt von Konservativen und Rechten dominiert, die insbesondere Klimaaktivist*innen kriminalisieren und mit staatlichem Zwang bekämpfen wollen. Nicht zuletzt die Forderung einer längeren Ingewahrsamnahme wurde in diesem Zusammenhang von Bürgermeister Kai Wegner (CDU) gefordert.^[3] Beim Einsatz von Tasern hat die Polizei im Einsatz keine Möglichkeit, zu erkennen, ob sie diese rechtskonform oder auf lebensgefährliche Weise einsetzt. Der Taser wird aller Voraussicht nach zu einer massiven Eskalationsspirale bei schwierigen Einsätzen führen und die Zahl der Opfer von Polizeigewalt erhöhen. Bei der Anordnung von Präventivgewahrsam bedarf es künftig noch nicht einmal einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit der Rechtsgutsverletzungen.

Diese Maßnahmen widersprechen den Grundsätzen unserer Partei und jeglicher menschlicher Sicherheitspolitik.

Quellen

[1] <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IIIPlen/vorgang/d19-1232.pdf>

[2] Koalitionsvertrag 2023-2026, Seite 28:

https://www.berlin.de/rbmskzl/assets/dokumentation/koalitionsvertrag_2023-2026_.pdf?ts=1684996989

[3]

<https://www.berliner-zeitung.de/news/klima-kleber-in-berlin-regierender-buergermeister-kai-wegner-will-praeventivgewahrsam-ausweiten-letzte-generation-vorbeugend-in-haft-vor-strassenblockaden-li.349013>

Unterstützer*innen

Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tjado Stemmermann (LV Grüne Jugend Berlin), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Kai Hirschfelder (LV Grüne Jugend Berlin), Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Sven Wohlert (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

V-9 Keine Verlängerung der Autobahn A 100 - Berlin braucht mehr Schiene statt Straße

Antragsteller*in: Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

1 Die A100 in Berlin ist ein Relikt der autogerechten Stadt und ein eklatantes
2 Beispiel für
3 eine verfehlte Verkehrspolitik. Deshalb muss der Weiterbau endlich endgültig
gestoppt
werden. Wir haben den Weiterbau der A100 immer abgelehnt und werden dies auch
weiterhin tun.

4 Wir fordern daher den Berliner Senat dazu auf, den 17. Bauabschnitt der A100
5 gegenüber der
6 Bundesregierung abzumelden, um damit die Streichung des 17. Bauabschnitts aus dem
Bundesverkehrswegeplan und dem dazugehörigen Fernstraßenausbaugesetz zu
veranlassen.

7 In der Folge soll die Ausschreibung für die Planung des 17. Bauabschnittes der
8 A100 seitens
9 der bundeseigenen Autobahn GmbH zurückgenommen und alle bereits erfolgten
10 Planungen und
11 Voruntersuchungen von der Bundesautobahn Gesellschaft eingestellt werden. Auf der
12 geplanten
13 Strecke des 17. Bauabschnitt der A100 muss der Senat den Flächennutzungsplan
zugunsten von
Wohnungsbau, Orten für kulturelle Nutzungen wie z.B. der Clubkultur, Freiflächen,
Urban
Gardening, Sportangebote, alternative Angebote für den Wirtschafts- und
Güterverkehr oder
temporäre Schulstandorte angepasst werden.

14 Die Regierung von Berlin fordern wir dazu auf, für den Abschluss des 16.
15 Bauabschnitts der
16 Bundesautobahn A100 einen qualifizierten Abschluss zu beauftragen und die noch
17 ausstehenden
18 Verkehrskonzepte für den am Treptower Park abfließenden Verkehr zu erstellen.
19 Ohne ein

solches Verkehrskonzept erteilen wir der Eröffnung bzw. der Inbetriebnahme des neuen

Autobahnabschnitts eine Absage. Klar ist für uns aber auch, dass auch ein Verzicht auf den

16. Bauabschnitt und alternative Nutzungen sinnvoller gewesen wären bzw. sind.

20 Wir fordern den Senat an Stelle der Straßenprojekte gegenüber der Bundesregierung
21 eine

22 Anmeldung der Nahverkehrstangente/ Schienen-TV0 als wichtige

23 Schieneninfrastrukturmaßnahme

24 zum Ausbau des östlichen Bahnaußenrings für den Bundesverkehrswegeplan genau wie
25 die

Maßnahmen des i2030, den Fernbahnhof Zoologischer Garten, Fahrradparkhäuser an allen

Bahnhöfen mit mehr als 50.000 Fahrgästen pro Tag und alle in Frage kommenden Nachtzugverbindungen von Berlin anzumelden.

26 Der Bundesverkehrswegeplan sollte zudem endlich zu einem Bundesmobilitätsplan
27 überarbeitet

und weiterentwickelt werden und dabei Länder und Gemeinden explizit mit einzubeziehen.

Begründung

Mit dem Beschluss vom 10.12.2020 hat der Senat anerkannt, „dass die fortschreitende Erderhitzung eine Klimanotlage darstellt, die dringendes Handeln und zusätzliche Anstrengungen zugunsten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung erforderlich macht.“ Eine wesentliche Quelle für den Ausstoß des für die Klimaerhitzung hauptverantwortlichen Klimagases Kohlendioxid ist in Berlin der Straßenverkehr. Im Jahr 2019 lag der Anteil des Straßenverkehrs am Berliner CO₂-Ausstoß bei 21,4 Prozent. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die Emissionen im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990 absolut gestiegen sind, anstatt zu sinken. Wissenschaftliche Studien belegen zudem schon seit Langem, dass der Bau neuer Straßen zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führt (induced demand). Hinzu kommt der erhebliche Ausstoß von Kohlendioxid durch den Bau der Autobahnabschnitte selbst, welcher weder mit den Klimazielen des Landes noch mit denen des Bundes vereinbar ist. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der weitere Ausbau der A100 einen Anstieg der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor mit sich bringt und somit nicht mit dem Klimanotlagebeschluss des Senats in Einklang zu bringen ist.

Abgesehen von der klimapolitischen Katastrophe, sind die massiven Eingriffe aber auch aus städtebaulichen Sicht vollkommen unverhältnismäßig. Wo es heute gilt, den ohnehin schon viel zu knappen Wohnraum zu schützen, werden intakte Wohngebiete mit Wohnungen, Schulen und Parks abgerissen. Anstatt Verkehrsprobleme zu lösen, sorgt der Ausbau, insbesondere an den geplanten Anschlussstellen, zu regelrechten „Verkehrsinfarkten“.

Neben Umwelt, Klimaschutz und Städtebau, sind die enormen Baukosten eine nicht hinnehmbare

Steuergeldverschwendung. Der 16. Bauabschnitt der A100 ist mit rund 720 Mio. Euro für 3,2 km der teuerste Straßenabschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik. Der 17. Bauabschnitt würde diesen traurigen Rekord noch einmal übertreffen.

Unterstützer*innen

Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Andreas-Martin Selignow (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Almut Neumann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Astrid Bialluch-Liu (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin), Tjado Stemmermann (LV Grüne Jugend Berlin), Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Birger Dölling (KV Berlin-Mitte), Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Martin Lutz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Marie-Aimee Salopiata (KV Berlin-Mitte), Gernot Lobenberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

V-10 Die Mobilitätswende mit einem klimafreundlichen und attraktiven Verkehrskonzept im Osten Berlins voranbringen

Antragsteller*in: Antje Kapek (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

1 Der Berliner Osten wurde jahrzehntelang in der Verkehrsplanung vernachlässigt -
2 und dass,
3 obwohl der Bau von Großsiedlungen in Marzahn-Hellersdorf und Köpenick sowie die
4 starke
5 Nachverdichtung im gesamten Osten im selben Zeitraum zu einem enormen Zuwachs des
6 Verkehrs
7 geführt hat. So bestehen bis heute zwischen Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und
8 Treptow-
Köpenick keine durchgehenden, leistungsfähigen Straßen, mit Ausnahme der
Treskowallee. Auch
der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), in Form von Tram und Buslinien,
verläuft in
diesen Nord-Süd-Straßenverbindungen meist ohne eigene Trassen. Das führt zu
gegenseitigen
Behinderungen und an besonders zentralen Punkten zu täglichen Staus.

9 Die autozentrierte Antwort auf diese Verkehrssituation gab die DDR Ende der
10 1960er Jahre mit
11 der 4. Tangente, bzw. der Tangentialverbindung Ost (TV0), die als überörtliche
12 Hauptverkehrsstraße in Nord-Süd Richtung geplant wurde. Realisiert wurde aber nur
13 der
14 nördliche Abschnitt von der Stadtgrenze bis zur B1/B5. Nach der Wende wurde von
15 1999 bis
16 2007 der südliche Abschnitt von An der Wuhlheide bis zum Adlergestell gebaut. Nun
17 steht der
18 mittlere Abschnitt zwischen der B1/B5 und An der Wuhlheide in der Planung. Doch
19 gegen diese
Planungen regt sich Protest der Zivilgesellschaft aus Angst vor der Zerstörung
großer
Waldstücke und der Gefährdung von Landschafts- und Naturschutzgebieten, wie der
Wuhlheide,
dem Biesenhorster Sand und dem Biesdorfer Busch. Wir stehen an der Seite der
Zivilgesellschaft und aller Menschen, die sich für eine intakte Umwelt und ein

nachhaltiges
Verkehrskonzept einsetzen.

20 Denn der Schutz des Ökosystems steht als Ziel von Bündnis 90/Die Grünen schon
21 immer im
22 Zentrum aller Diskussionen um Verkehrslösungen für den Berliner Osten. Aber auch
23 die
24 Probleme durch die heutige Verkehrssituation zwischen Köpenick, Lichtenberg und
Marzahn
beschäftigen uns seit Jahren. Klar war und ist: die Lösung der Verkehrsprobleme
muss im
Einklang mit den Notwendigkeiten von Klima- und Umweltschutz stehen.

25 Heute stehen wir vor dem Beginn des Planfeststellungsverfahrens der TV0 und nicht
26 nur
27 Klimaaktivist*innen und engagierte Bürger*innen vor Ort, auch wir Bündnis 90 /
28 Die Grünen
29 stellen uns die Frage, ob dieses Straßenprojekt überhaupt noch sinnvoll ist. Denn
30 neben den
31 Umwelt- und Klimafolgen dieser Infrastrukturmaßnahme, sind auch die heute
prognostizierten
Kosten von mindestens 400 Mio. Euro kein nachhaltiger Umgang mit Steuergeld.
Weitere
Kostenexplosionen aufgrund steigender Baupreise werden nicht ausbleiben, so
erwartet es der
Senat selbst in seinem Haushaltsplan.

32 Selbst wenn der Planfeststellungsbeschluss für die TV0 in hohem Tempo
33 vorangetrieben wird,
34 glauben wir nicht daran, dass eine zügige Realisierung der TV0 überhaupt möglich
35 ist. Denn
36 neben der Bedrohung von Flora, Fauna und Klima, stehen den Planungen zusätzlich
37 explodierende Kosten und drohende langjährige Klageverfahren entgegen. Eine
38 Inbetriebnahme
39 ist selbst bei dem optimistischsten Verlauf nicht vor 2035 realistisch. Rechnen
40 wir
41 Kostensteigerungen und die üblichen Berliner Bauverzögerungen hinzu, sind wir
locker 10
Jahre weiter. Eine Lösung der Verkehrsprobleme steht somit also bis zur Mitte des
Jahrhunderts aus. Wir wollen den Menschen vor Ort aber heute helfen, indem wir
Lösungen
entwickeln und umsetzen, die im Hier und Jetzt wirken, bzw. kurzfristige
Verbesserungen
bringen und nicht morgen zu enormen Problemen führen.

42 Wir halten daher die Planungen der Tangentialverbindung Ost für nicht mehr
43 zeitgemäß, und
verneinen ihre Umsetzung.

44 Es ist an der Zeit stattdessen endlich an einer sozialen, umwelt- und
45 klimagerechten
46 Mobilität auch und gerade in den Außenbezirken mit Priorität zu arbeiten. Wir
47 fordern den
Senat daher nachdrücklich auf, den Ausbau des Umweltverbundes vor allem im Osten
Berlins und
in den Stadtrandlagen in den Mittelpunkt zu stellen!

48 Deshalb fordern wir einen attraktiven 5-Minutentakt auf den S-Bahn-Linien S3 und
49 S5 sowie
50 der U5, mindestens bis zum Stadtrand, bestenfalls bis Erkner und Strausberg zu
51 beauftragen
52 und umzusetzen. Gerade im Berufsverkehr sind die Bahnen heute voll. Ein sicherer 5-
Minutentakt ist ein zentraler Baustein für ein attraktives Nahverkehrsangebot für
den
Berliner Osten.

53 Über die Taktverdichtung hinaus hat für uns die Umsetzung der **Nahverkehrstangente**
54 (Schienen-
55 TV0) Priorität. Die Nahverkehrstangente ist eine leistungsfähige und schnelle
56 Nord-Süd-
57 Verbindung auf der Schiene vom Karower Kreuz zum Grünauer Kreuz. Mit ihrem Bau
58 ergänzt sie
59 die fehlende Verbindung auf dem Bahnaußenring. Dabei könnten die Haltepunkte
60 Biesdorf Süd
61 und Biesenhorst auch direkt das Biesdorfer Gebiet um die Köpenicker Straße
62 erschließen. Zur
Realisierung eines Kreuzungsbahnhofs Wuhlheide zwischen NVT und S-Bahn ist der
Bahnübergang
am Bahnhof Wuhlheide durch eine Bahnunterführung zu ersetzen. Und da die
Planungen und der
Bau einige Jahre brauchen, soll als Vorgriff der Bau von Regionalhalten am S-
Bahnhof
Springpfuhl und möglichst auch am S-Bahnhof Marzahn erfolgen. Denn dort fahren
schon heute
die Regionalbahnen vorbei.

63 Der zweite zentrale Baustein für den Ausbau von schienengebundenen
64 Nahverkehrsangeboten ist
65 die **Straßenbahn**. Optimierte Verbindungen und Vorrangschaltung in der Treskowallee

66 und in
67 Schöneweide sowie eine zügige Planung und Umsetzung der Tram-Verlängerung von
68 Schöneweide
69 nach Neukölln sind ebenso notwendig wie der Ausbau in und nach Mahlsdorf. Nachdem
70 der bisher
71 geplante Ausbau zwischen Mahlsdorf und Köpenick dank uns auf dem Weg der
72 Umsetzung ist, muss
73 der Lückenschluss nach Hellersdorf ebenfalls angepackt werden. Das Ziel ist klar:
Eine
direkte Verbindung der Großsiedlung Hellersdorf mit Köpenick. Sie bietet für
viele
zusätzliche umsteigefreie Verbindungen zwischen Großsiedlung Hellersdorf und dem
Berliner
Süden. Für die Zeit bis zur Inbetriebnahme soll der X54 zwischen Hohenschönhausen
bzw.
Marzahn bis zur Tram-Haltestelle am S-Bahnhof Mahlsdorf verlängert werden und auf
den Takt
der Straßenbahn angepasst werden.

74 Den von der CDU angedrohten Rückschritten bei der Verkehrslösung Mahlsdorf werden
75 wir
76 entschieden entgegentreten. Unser kurzfristiges Ziel: Die Tram zwischen Mahlsdorf
77 und
Köpenick mit einem 10-Minuten-Takt muss zügig und ohne politische Verzögerungen
und Tram-
Stopp fertiggestellt werden.

78 Ein weiterer Baustein des Umweltverbundes ist der Ausbau des Busangebotes,
79 welcher schneller
80 umgesetzt werden muss. Der Takt der Busse muss insgesamt im Osten auf 10 Minuten
verdichtet
werden. Für das Biesdorfer Siedlungsgebiet sehen wir folgenden Handlungsbedarf:

81 Eine Busverbindung, zwischen Wuhlheide und Schöneweide muss umgesetzt werden. Der
82 169er soll
83 in Richtung Unfallkrankenhaus oder S+U-Bahnhof Wuhletal verlängert werden. Eine
84 weitere
Netzlücke sollte bspw. der 190er schließen, indem er über den Elsterwerdaer Platz
hinaus in
Richtung Springpfuhl verkehrt. Außerdem muss eine zügige Fahrt der Busse
ermöglicht werden.

85 Der Rufbus Muva muss ohne Zuschlag als Zubringer zum U- bzw. S-Bahnhof sowie zu
86 Gesundheitsorten im und um das Bediengebiet fahren. Insbesondere das
87 Unfallkrankenhaus

88 Marzahn sowie das Vivantes-Klinikum in Kaulsdorf sind zentrale Orte der
89 Daseinsvorsorge und
wichtige Mobilitätsziele für alle Berliner*innen, die als Orte für
Zubringerfahrten
etabliert werden sollen.

90 Darüber hinaus sollen an exemplarischen Orten "Rufsäulen" eingerichtet werden.
91 Diese sollen
92 bspw. an Stadtteilzentren wie dem Generationenhaus Balzer Platz, der Kirche an
93 der
94 Köpenicker Straße, an den Supermärkten entlang der Köpenicker Straße sowie an den
oben
benannten wichtigen Gesundheitsorten errichtet werden und damit die Nutzung so
einfach wie
möglich machen.

95 Insgesamt wird im gesamten Berliner Osten ein stimmiges Buskonzept und mit einem
96 flächendeckenden 10-Minutentakt benötigt, dass die Menschen zu den zentralen
97 Bahnhöfen
98 bringt und auch Rufbussysteme wie „Muva“ sinnvoll einbindet. Zudem braucht es
99 mehr
Busspuren, Haltestellen-Kaps, Ampelvorrangschaltungen und besonders kurze,
barrierefreie
Umsteigewege.

100 Zudem fordern wir den weiteren Ausbau von durchgehenden Radverkehrsanlagen. Die
101 Verbesserung
102 der Radverkehrssicherheit muss mit Hochdruck insbesondere im Osten Berlins
103 vorangetrieben
104 werden, was leider von der CDU-geführten Senatsverwaltung in Berlin stark
105 vernachlässigt,
wenn nicht sogar torpediert, wird. Aktuell werden Planungen und der Bau von
Radwegen
verzögert oder gar gestoppt und es besteht die Gefahr, dass bereits zugesagte
Gelder nicht
genutzt werden können. Das wollen wir ändern!

106 Insbesondere Kinder und Jugendliche benötigen Radwege, auf denen sie sicher ihre
107 Alltagswege
108 selbstständig zurücklegen können, wie den Weg zur Schule, zum Training oder zu
109 Freund*innen.
110 Auch aktive Senior*innen nutzen gerne das Rad um kurze Wege zum Einkaufen oder
111 zur Ärzt*in
zurückzulegen. Für die unterschiedlichen Altersgruppen der Radfahrer*innen muss
die

Radinfrastruktur sicherer gestaltet und, entgegen dem jetzigen Vorgehen, mit der gebotenen
Priorität weiter vorangetrieben werden.

112 Um den Individualverkehr für längere Fahrradstrecken sicher zu gestalten, ist im
113 Bereich
114 zwischen S 3 und S 5 ein übergreifender Ausbauplan des Radverkehrsnetzes im Osten
115 Berlins
116 notwendig. Um aber 2030 ein attraktives Netz an Radwegen und Fahrradstraßen zu
haben, muss
der Ausbauplan jetzt starten! Bis 2026 verfolgen wir das Ziel viele neue
Fahrradstraßen und
Radwege im Osten auszuweisen, z.B. im Bereich der Treskowallee.

117 Die Radbahn U5 mit einer Anbindung nach Mahlsdorf ist dazu ein prioritär zu
118 errichtendes
119 Rad(schnell)verbindung. Hier fordern wir den Senat auf, die Planungen in die Hand
zu nehmen
und das Behörden-Ping-Pong mit den Bezirken Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
zu beenden.

120 Neben einer vernünftigen Radinfrastruktur braucht es außerdem gut ausgebaute
121 Fußwege, denn
122 jede Person ist mal zu Fuß unterwegs Und dabei sollen alle, egal ob Kinder,
Jugendliche,
ältere Menschen oder Menschen mit Beeinträchtigungen, sicher ihre Ziele erreichen
können.

123 Dafür müssen unter anderem zwischen dem S-Wuhlheide und der Straße An der
124 Wuhlheide sichere
125 Fußwege geschaffen werden. Der Bereich der verlängerten Waldowallee, Rudolf-Rühr-
126 Allee/
127 Köpenicker Straße zum S Wuhlheide braucht hierbei besondere Aufmerksamkeit, damit
eine
Infrastruktur entstehen kann, die Rad- und Fußverkehr nicht gegeneinander oder
mit dem
Autoverkehr ausspielt. Deshalb werden wir hierauf ein besonderes Augenmerk legen.

128 Und auch der Wirtschaftsverkehr braucht Angebote, die Gewerbegebiete sinnvoll
129 verbinden und
130 Unternehmer*innen, Pflegekräfte und Handwerker*innen einfache Wege ermöglichen.
131 Es muss
132 endlich ein Konzept erstellt werden, welches eine Verkehrslenkung entlang der
Landsberger
Allee bzw. der L33 in Richtung Autobahn umsetzt. Dazu muss die Prüfung von

Gütergleisanschlüssen in Berlin Eastside und am Cleantech-Park erneut auf die Agenda.

133 Neben einem Konzept von Verkehrslenkung und Management müssen wir zudem ergänzend
134 Maßnahmen
zur Verkehrsvermeidung zurückgreifen.

135 Ein Berlin, in dem Menschen unabhängig der Stadtlage bequem und sicher an ihre
136 Ziele kommen,
137 ohne weiter unsere Lebensgrundlage zu zerstören, ist möglich und wir wollen
138 gemeinsam mit
139 Anwohner*innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen an deren Umsetzung arbeiten.
140 Menschen
141 wollen und brauchen Mobilität, keinen Stau, keine schlechte Luft und keinen
Verkehrslärm.
Wir nehmen die Bedürfnisse der Menschen ernst, statt Interessen gegeneinander
auszuspielen.
Deshalb streiten wir für den Ausbau des öffentlichen Nah-, Fuß- und Radverkehrs
und den
Erhalt der Wuhlheide, des Biesenhorster Sands und des Biesdorfer Buschs.

Unterstützer*innen

Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)

V-11 Keine weitere Zusammenarbeit mit Signa in Berlin

Antragsteller*in: Julian Schwarze (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

1 Ob Insolvenzanträge, Korruptionsermittlungen, Milliardenverluste, Baustopps und
2 drohende
3 Bauruinen - die Entwicklungen rund um den Signa-Konzern und seine
4 Tochterunternehmen in den
letzten Wochen und Monaten zeigen einmal mehr, dass Signa kein verlässlicher
Partner ist,
weder im Bereich Stadtentwicklung, noch wenn es um Kaufhäuser und Einzelhandel
geht.

5 Wir fordern, dass alle städtebaulichen Vorhaben, welche durch die Signa-Gruppe
6 bzw. ihre
7 Tochterunternehmen in Berlin in Planung bzw. Umsetzung sind, auf den Prüfstand
8 gestellt
9 werden und weitere Planungsschritte, die auf die Schaffung von Baurechten
10 abzielen,
ausgesetzt werden. Solch ein Moratorium zur Aussetzung der Planungen muss auch
für die im
Letter of Intent zwischen Signa und Land Berlin genannten Vorhaben gelten,
insbesondere am
Kurfürstendamm und Hermannplatz.

11 Die Kritik an der Verknüpfung von zeitlich begrenzten Zusagen für den Erhalt von
12 Arbeitsplätzen mit städtebaulichen Planungsfestlegungen durch den Letter of
13 Intent (LOI)
14 zwischen dem Berliner Senat und Signa sowie der zum Konzern gehörenden Galeria
15 Karstadt
Kaufhof GmbH von 2020 war richtig und bestätigt sich durch die aktuellen
Entwicklungen umso
mehr.

16 Damals wie heute gilt: Es ist nicht im Interesse der Stadt und der
17 Berliner*innen, Baurechte
18 für Signa und seine Tochterunternehmen zu schaffen, um durch massive
19 Bodenwertsteigerungen

20 einem offensichtlich angeschlagenen Immobilienspekulanten zusätzliche Renditen zu
21 ermöglichen. Hinzu kommt, dass angesichts der berichteten finanziellen Probleme
bei Signa
das Risiko von Bauruinen besteht. Der Baustopp des Hamburger Elbtowers aufgrund
von
Zahlungsschwierigkeiten seitens Signa ist hier mahndendes Beispiel.

22 Es ist offensichtlich, dass der Signa-Konzern weitere Projekte verkaufen wird, um
23 Umsätze zu
24 generieren. Der Verkauf des Hochhauses am Alexanderplatz wird kein Einzelfall
25 bleiben.
26 Medienberichten zufolge musste alleine die Signa Prime Selection, die wichtige
27 Bestandimmobilien des Signa-Imperiums umfasst, ihr Immobilienportfolio um mehr
28 als eine
Milliarde Euro abwerten. Mittlerweile soll auch die Europäische Zentralbank (EZB)
Geldhäuser
mit bestehenden Engagements bei Signa dazu gedrängt haben, diese Darlehen
entweder zum Teil
abzuschreiben oder weitere Vorsorgen für potenzielle Verluste zu treffen.

29 Das Land Berlin darf diese Art von Geschäftsmodellen in der Immobilienbranche
30 nicht weiter
31 unterstützen. Signa geht es um die Versilberung der eigenen Immobilienbestände
32 und um eine
33 maximale Rendite. Dafür brauchen sie Baurecht. Stadtentwicklung darf sich aber
nicht
abhängig machen von fragwürdigen Geschäftsmodellen - egal ob von Signa oder von
anderen
Unternehmen. Der Senat muss nun alles tun, um einen möglichen Schaden von Berlin
abzuwenden.

Unterstützer*innen

Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Susanne Jahn (KV Berlin-Kreisfrei), Anne Geib de Gruttadanria (KV Berlin-Neukölln)

V-4 Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.11.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Antrag Strukturprozess und Satzungsänderungsanträge

1 Wie viele andere Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen haben auch wir in
2 Berlin in den
3 vergangenen Jahren ein enormes Wachstum unserer Mitgliederzahl erlebt. Innerhalb
4 weniger
5 Jahre hat sich die Anzahl unserer Mitglieder in Berlin mehr als verdoppelt. Immer
6 mehr
Menschen schlossen sich unserem Landesverband an, um gemeinsam mit uns unsere
Ideen für ein
klimaneutrales, sozial gerechtes und weltoffenes Berlin zu verfolgen. Zugleich
sind die
Erwartungen der Stadtgesellschaft an uns Bündnisgrüne gewachsen.

7 Dieser Verantwortung wollen wir als Partei gerecht werden und dabei alle
8 Mitglieder, die
9 sich aktiv einbringen wollen, mitnehmen. Schon jetzt arbeiten wir
10 digitalisierter,
11 projektbezogener, diverser, individueller, professioneller und sind breiter in
der
Stadtgesellschaft verankert als früher. Das wollen wir fortsetzen und gemeinsam
weiter
wachsen und uns weiterentwickeln.

12 Daher hat der Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Berlin den Beschluss der
13 Landesdelegiertenkonferenz vom Dezember 2021 aufgegriffen und eine gemeinsame
14 Strukturreform
15 auf den Weg gebracht . Der Landesausschuss beauftragte im März 2022 den
16 Landesvorstand
überdies, eine Strukturkommission einzuberufen, die ihn bei der Umsetzung des
Strukturreformprozesses beraten soll.

17 Die Konzeption des Prozesses stellte die Partizipation der Mitglieder und

18 Gliederungen in
19 den Mittelpunkt. Ziel war, die Weiterentwicklung des Landesverbands aus dessen
Mitte heraus
zu betreiben.

20 Dabei galt es, alles anzuschauen, jede Idee zu hören und gemeinsam die besten
21 Lösungen zu
22 entwickeln. Im Rahmen des partizipativen Prozesses fanden ein Call for Papers,
23 eine digitale
24 Kickoff-Konferenz, eine Zukunftskonferenz in Präsenz und eine digitale
25 Mitgliederumfrage
26 statt. Auf diese Weise konnten alle Mitglieder und Gliederungen unseres
27 Landesverbands ihre
28 Ideen in den Strukturreformprozess einbringen. Unterbrochen durch die
29 Wiederholungswahl
30 haben wir die Arbeit am Strukturprozess im Frühjahr 2023 wieder aufgenommen und
die von der
Strukturkommission und dem Landesvorstand auf Basis des partizipativen Prozesses
erarbeiteten Maßnahmen in verschiedenen Parteigremien diskutiert. Wir bedanken
uns bei allen
Mitgliedern für den lebhaften Beteiligungsprozess und die konstruktiven Debatten.
Besonderer
Dank gilt zudem der Strukturkommission, die den Prozess begleitet und den
Landesvorstand
beraten hat.

31 Die Ergebnisse der Strukturreform sollen in den kommenden Jahren umgesetzt und
32 evaluiert
33 werden. Parallel zum Landesverband führen der Bundesverband und einige
34 Kreisverbände
35 ebenfalls Strukturreformprozesse durch. Mit diesem Antrag entwickeln wir uns als
36 Landesverband ein gutes Stück weiter: Wir erleichtern die Gremienarbeit,
37 professionalisieren
38 die Kreisverbände, stärken die Stadtrandlagen, fördern die Arbeit der LAGen,
39 fördern
Diversität und bringen mehr Mitglieder in das Parteilieben ein. Das heißt
allerdings nicht,
dass damit alle Arbeit getan ist. Auch auf der nächsten LDK werden wir als
Berliner
Landesverband gemeinsam beraten, wie wir unsere parteiinternen Strukturen
weiterentwickeln
können, um so besser Politik für die ganze Stadt zu machen.

40 **1. Gremien und Debatten**

41 Unsere politische Arbeit lebt vom Diskurs und dem Austausch. Unsere Parteitage,
42 Gremiensitzungen, Konferenzen und Ausschüsse sowie die
43 Kreismitgliederversammlungen und die
44 Treffen unserer Landesarbeitsgemeinschaften sind die Orte, an denen wir
45 miteinander ins
Gespräch kommen, uns über Positionen und bestmögliche Lösungen austauschen,
Kompromisse
finden, uns kritisch hinterfragen und gegenseitig unterstützen.

46 Es ist unser Ziel, für unsere Mitglieder den Zugang zu diesen Orten möglichst
47 einfach zu
48 gestalten. Wir wollen Räume schaffen, in denen sich alle Personen dazu eingeladen
49 fühlen,
sich an unseren Debatten zu beteiligen und an unseren Beschlüssen mitzuwirken –
transparent,
niedrigschwellig und inklusiv.

50 Wir bekräftigen, dass bei unseren Sitzungen kein Platz für misogynen,
51 diskriminierendes,
52 antisemitisches, rassistisches und ausgrenzendes Verhalten ist: Unsere Partei
53 lebt von der
54 Vielfalt und für die Vielfalt. Unser Ziel ist es, der gesamten Breite unseres
55 Landesverbandes zu ermöglichen, sich einzubringen und unsere Partei aktiv
56 mitzugestalten.
Dafür möchten wir unsere Debattenkultur stärken, damit diese auch zukünftig jede
Person dazu
einlädt, ihre Perspektive zu teilen. Austauschräume, die von einzelnen, lauten
Stimmen
dominiert werden, lehnen wir ab.

57 Für viele unserer (Neu-)Mitglieder stellt unsere Gremienlandschaft ein Dickicht
58 dar, das
59 schwer zu durchschauen ist. Zudem ist das Profil und die Arbeitspraxis mancher
60 Gremien über
61 die Zeit unklarer geworden. Im Strukturprozess wurde seitens der Mitglieder
dementsprechend
wiederholt der Wunsch geäußert, das komplexe System unserer Gremien zu
vereinfachen und
besser zu erklären.

62 Der Landesverband wird daher eine anschauliche und verständliche Gremienübersicht
63 erstellen
64 sowie Videos produzieren, in denen unsere Gremien, deren Zusammensetzung,
Funktion und
Arbeitsweise anschaulich erklärt werden.

65 Unsere Parteitage sind der Ort der programmatischen Weiterentwicklung. Anträge
66 sind dabei
67 das zentrale Instrument, um Positionen unserer Partei zu entwickeln und zu
68 beschließen. Um
69 die Antragstellung für alle Mitglieder zu vereinfachen, wird ein Leitfaden für
70 „gute“
Anträge entwickelt und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Zudem wird es zwei
Mal im
Jahr ein Schulungsangebot zu Antragsgrün geben, um allen (potentiellen)
Antragssteller*innen
einen geübten Umgang mit unserem zentralen Antrags-Tool zu ermöglichen.

71 Die Pandemie hat unsere Gremiensitzungen quasi über Nacht in Videokonferenzen
72 überführt. Die
73 Art der Begegnungen hat sich dauerhaft verändert und mehr und mehr ins Digitale
74 verlagert.
75 Präsenzveranstaltungen und -begegnungen bleiben aber wichtig. Wir wollen den
76 gesellschaftlichen Wandel mitgehen und unseren Mitgliedern eine flexible
77 Teilnahme an
78 Gremiensitzungen ermöglichen. Der Landesverband wird Handlungsempfehlungen zu
79 hybriden und
80 digitalen Angeboten zusammenstellen, die dabei helfen sollen, auch in digitalen
81 und hybriden
82 Räumen eine einladende Moderation und Veranstaltungsdurchführung für alle zu
83 gewährleisten.
Bisher fehlt eine gesetzliche Regelung durch den Bundesgesetzgeber, die auch
Personenwahlen
und Beschlüsse in hybriden oder digitalen Zusammenkünften ermöglicht. Sobald eine
solche
dauerhafte Regelung in Kraft tritt, wird der Landesvorstand einen Vorschlag
machen, welche
Gremien in welcher Form zukünftig hybrid angeboten werden können, alle formalen
Voraussetzungen dafür auf den Weg bringen sowie für die Durchführung solcher
Gremiensitzungen Handlungsempfehlungen zusammenstellen.

84 **2. Grün vor Ort**

85 Kreisverbände sind zentrale Strukturen unserer Partei. In ihnen findet ein großer
86 Teil des
87 Parteilebens statt. Hier lernen sich Mitglieder kennen, kommen zusammen, tauschen
88 sich aus,
89 vernetzen sich mit der Stadtgesellschaft und sorgen für grüne Sichtbarkeit in der
ganzen
Stadt. Es sind Orte, in denen politische Willensbildung stattfindet und
politische
Positionierungen für die Bezirks- und häufig auch für die Landesebene verhandelt

werden.

90 Es sind die Vorstände der Bezirksgruppen und die Mitarbeiter*innen der
91 Kreisgeschäftsstellen, die vor Ort maßgeblich die politische Willensbildung
92 organisieren und
93 für ein Gemeinschaftsgefühl im Kreisverband sorgen. Diese wertvolle Arbeit
94 braucht
95 Unterstützung. Den Kreisverbänden sollen Leitfäden zur Durchführung von Sitzungen
96 und zur
97 Protokollführung zur Verfügung gestellt werden. Für die ehrenamtlichen Vorstände
98 der
99 Bezirksgruppen sollen - vorbehaltlich einer Etatisierung im nächsten Haushalt -
100 Schulungen
101 durch den Landesverband angeboten werden, die insbesondere den neuen Mitgliedern
102 der
103 Vorstände dabei helfen, in ihre ehrenamtlichen Aufgaben bestmöglich
104 hineinzuwachsen. Dazu
105 zählen regelmäßige Schulungsangebote für Personalführung, Datenschutz,
106 Diversitätsförderung
107 und Neumitgliedereinbindung anbieten sowie für die Kreisverbände zusätzlich
Angebote in den
Themenbereichen Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampf, Moderation und
Projektmanagement. Diese
Schulungen sollen auch für die Kreisgeschäftsführungen offen sein, denn sie sind
Anlaufstelle für Mit- glieder, sie organisieren Veranstaltungen und managen die
Kreisverbände, deren Teams und Personal. Der Landesverband wird überdies ein "KV-
Handbuch"
erstellen, das Hinweise zur Arbeit der Kreisgeschäftsführung und der Organisation
der
Kreisgeschäftsstelle sowie Empfehlungen zur Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen
Vorständen
der Bezirksgruppen enthält. Ebenso soll es ehrenamtlichen Vorständen in ihrem
Engagement für
den Kreisverband Anleitung und Orientierung geben.

108 Die weitere Professionalisierung der Kreisgeschäftsstellen ist ein langfristiges
109 Projekt, zu
110 dem auch der Bundesverband im Rahmen des derzeit bundesweit laufenden
111 Strukturprozesses
112 Maßnahmen er- greifen wird. Im Fokus des Prozesses stehen die Aufgabenverteilung
113 und das
114 Rollenverständnis inner- halb von Kreisverbänden. Ziel ist, Empfehlungen für
115 effiziente
116 Strukturierung von Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen. Auch wir möchten die
117 Arbeitssituation der Mitarbeiter*innen der Kreisge- schäftsstellen stärken und
118 die

119 Kreisverbände weiter professionalisieren. Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet,
120 die sich mit
Standards der Personalführung, der Arbeitsplatzsituationen sowie der Vergütung
auseinandersetzt. Weiterhin wird ein ergebnisoffenes juristisches Gutachten in
Auftrag
gegeben, um zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, eine gemeinsame
Arbeitnehmer*innenvertretung bzw. einen Betriebsrat zu etablieren. In
Abhängigkeit von
diesem Ergebnis prüft die Arbeitsgruppe, ob und welche Überarbeitung der
Ombudsstelle
notwendig wird.

121 Unsere Mitglieder sind in der gesamten Stadt aktiv. Politik für ganz Berlin ist
122 und bleibt
123 unser Anspruch. Unser Ziel ist, überall in Berlin für grüne Lösungen zu werben
124 und sie
125 umzusetzen. Wir möchten unsere Strukturen in den Stadtrandlagen weiterhin stärken
126 und unsere
127 Mitglieder vor Ort unterstützen. Sie sind in den Bezirksgruppen,
128 Arbeitsgemeinschaften und
129 in den Bezirksverordnetenversammlungen aktiv und wichtige Stimmen, Expert*innen
und
Multiplikator*innen vor Ort - von der Gropiusstadt, über Biesdorf bis ins
Märkische Viertel.
Wir begrüßen die Gründung der (nicht-)jwd-Gruppe, deren Impulse und Ideen die
Perspektiven
der Stadtrandlagen in der Partei stärken und daher wichtig und willkommen sind.
Damit ist
die Arbeit der Gruppe eine sinnvolle Ergänzung bereits bestehender Strukturen.

130 Um eine bessere Sichtbarkeit in den Ortsteilen zu erreichen, in denen es keine
131 bündnisgrünen
132 Repräsentanzen gibt, soll der Landesverband ein Konzept für mobile Formate
133 erarbeiten, um
134 vor Ort präsent zu sein. Wir wollen so noch besser in die ganze Stadt hinein
135 wirken und
136 unsere Mitglieder motivieren, bei sich vor Ort und auch da, wo wir bisher nur
137 wenige
138 Mitglieder haben, als Grüne sichtbar zu sein und für grüne Werte einzutreten.
139 Funktionsträger*innen und aktive Mitglieder aus anderen Gebieten möchten wir für
140 eine
punktuelle und gegenseitige Unterstützung in den Stadtrandlagen gewinnen,
beispielsweise
durch Tandems in Wahlkampfzeiten. Dies gilt im Besonderen für unsere Amts- und
Mandatsträger*innen aus Land und Bund, deren Präsenz wir dort stärken möchten.
Der

Landesverband prüft überdies, Termine unserer Landesgremien wenn möglich auch im Stadtrand auszurichten.

141 In einem nächsten Schritt möchten wir auch über Berlin hinaus die Vernetzung
142 stärken.
143 Konkret streben wir hierfür die fachliche Vernetzung der Kreisverbände mit dem
144 jeweils
angrenzenden Brandenburger Umland an, um unsere grünen Ideen für die
Metropolregion
gemeinsam weiterzuentwickeln.

145 **3. Landesarbeitsgemeinschaften**

146 Die Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) sind fachpolitische Denkfabriken unseres
147 Landesverbands. Sie stellen innerparteiliche Debattenräume bereit, um
148 berlinweit(e) Themen
149 zu behandeln und dienen vielen (Neu-)Mitgliedern als erste Anlaufstelle nach dem
150 Parteieintritt. Die LAGen leisten einen Beitrag zur programmatischen Arbeit der
151 Partei,
152 erschließen Fachwissen, arbeiten am Wahlprogramm mit, erarbeiten
Parteitageanträge,
betreiben Netzwerkarbeit bei Verbänden, Initiativen sowie wissenschaftlichen
Institutionen
und wirken bei der Ansprache von Zielgruppen mit.

153 Es ist unser Ziel, deren Arbeit zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben,
154 sich in
unseren Landes- und Bundesgremien mit ihrer Fachexpertise noch stärker
einzubringen.

155 Wir wollen die Landesarbeitsgemeinschaften unter unseren Mitgliedern noch
156 bekannter machen.
157 Dafür hat die Landesgeschäftsstelle, gemeinsam mit den LAG-Sprecher*innen einen
158 Flyer
159 entwickelt, der deren Arbeit vorstellt und über die Möglichkeit informiert, sich
160 thematisch
161 berlinweit zu engagieren. Dieser Flyer ist im Willkommenspaket für Neumitglieder
162 enthalten
163 und wird allen Kreisverbänden für die Weitergabe an Interessierte und ihre
164 Aktiven zur
165 Verfügung gestellt. Sofern es die Räumlichkeiten erlauben, erhalten LAGen auf
unseren
Landesdelegiertenkonferenzen die Möglichkeit, Stände zu organisieren, um über
ihre Arbeit zu

informieren und ihre Sichtbarkeit nach innen zu steigern. Die Sichtbarkeit nach außen soll über die Homepage des Landesverbands sichergestellt werden, auf der sie ihre Arbeit präsentieren können. Dazu liegt eine detaillierte Anleitung vor und es werden regelmäßig Schulungen angeboten.

166 Der Landesverband wird das bereits existierende LAG-Handbuch aktualisieren, um
167 die Arbeit in
168 den Landesarbeitsgemeinschaften und die Einarbeitung neuer LAG-Sprecher*innen zu
169 erleichtern
170 und weiter zu professionalisieren. Das LAG-Handbuch beschreibt die
171 Arbeitsprozesse,
172 organisatorischen Aufgaben und Formalia der Arbeit in LAGen und soll regelmäßig mit
Vertreter*innen weiterentwickelt werden. Darüber hinaus soll neuen LAG-Sprecher*innen die Einarbeitung durch Übergabetermine mit den Vorgänger*innen sowie – vorbehaltlich einer Etablierung im Haushalt – durch Schulungsangebote erleichtert werden.

173 Unser Ziel ist, dass LAGen wirkungsvoll digital, hybrid und in Präsenz tagen
174 können. Die
175 Raumsuche für Sitzungstermine ist zunehmend schwer geworden. Um den LAGen die
176 Raumsuche zu
177 erleichtern, wird die Landesgeschäftsstelle eine Übersicht mit Räumen und
178 Locations
bereitstellen, welche die Landesarbeitsgemeinschaften für ihre Sitzungen verwenden können.
Dazu gehören auch die Räumlichkeiten der Kreisverbände, die die LGS abfragen und in die Locationdatenbank aufnehmen wird.

179 Zum Wissensmanagement und zum Austausch zwischen den LAG-Mitgliedern steht diesen
180 das Grüne
181 Netz als grüne digitale Infrastruktur zur Verfügung. Zur Einführung und Nutzung
182 stellt der
183 Landesverband detaillierte Anleitungen zur Verfügung. In der Grünen Wolke
184 erhalten alle
185 LAGen einen eigenen Ordner und haben die Möglichkeit, Protokolle ihrer Sitzungen,
186 Beschlüsse
und wichtige Arbeitspapiere abzulegen. Diese Ordnerstruktur kann zugleich als Archiv ihrer Arbeit genutzt werden. Zudem gibt es einen allgemeinen Ablageort für LAG-übergreifende

Belange, der von der LGS gepflegt wird. Den LAG-Sprecher*innen werden auch Wolke-Ordner zur Verfügung gestellt.

187 In der LGS gibt es eine feste Ansprechperson für die LAGen. Zusätzlich gibt es
188 für jede LAG
189 eine Ansprechperson im Landesvorstand. Die Zuteilung der LAGen zu
190 Landesvorstandsmitgliedern
191 wird den LAGen in einer Übersicht zur Verfügung gestellt. Die weitergehende
192 innerparteiliche
193 Vernetzung und Zusammenarbeit der Landesarbeitsgemeinschaften mit den Amts- und Mandatsträger*innen in Bezirk, Land und Bund wollen wir durch eine Übersicht der Fachpolitiker*innen auf Bezirks- und Landesebene weiter ausbauen und darüber hinaus auch die thematische Vernetzung unserer Gliederungen und der bezirklichen AGen weiter fördern.

194 **4. Diversität**

195 Als erster Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen haben wir uns 2017 mit dem
196 Beschluss
197 „Plural nach Vorne“ auf den Weg gemacht, Diversität und eine
198 diversitätsorientierte
199 Entwicklung als zentrales Anliegen unserer Partei zu verankern. Gerade in Zeiten,
200 in denen
201 rechtsextremistische Angriffe unser gesellschaftliches Miteinander zerstören
202 sollen, in
denen die Pandemie die feministische Emanzipation um Jahre zurückgeworfen hat, Politiker*innen öffentlich klassistische und ableistische Aussagen tätigen und in denen queere Menschen im Netz und auf der Straße Angriffen ausgesetzt sind, ist es wichtig, in unserer Partei das Bekenntnis zur Diversität mit Leben, Inhalt und Relevanz zu füllen.

203 Über die letzten fünf Jahre sind wir diesem Ziel mit jedem Tag ein kleines Stück
204 näher
205 gekommen. Aber wie auch unsere Diversitätsumfragen zeigen: Es gibt für uns noch
206 sehr viel zu
207 tun. Unseren Landesverband tatsächlich zu einem politischen Raum zu gestalten, der nicht nur an alle denkt, sondern auch alle mitnimmt, allen offen steht und die Vielfalt unserer Gesellschaft repräsentiert, ist ein fortwährender Prozess.

208 Wir verstehen Diversität intersektional, wir wissen, dass Menschen mehrfach
209 marginalisiert
210 und auch privilegiert sein können und sich diese verschiedenen Aspekte
211 gegenseitig
212 verstärken, verändern und formen können. Wir wollen die verschiedensten
vielfältigen
Perspektiven stärken, aber auch Diskrimi- nierung bekämpfen, Barrieren abbauen
und
Geschlechtergerechtigkeit neu denken.

213 Wir wollen Menschen mit Behinderung die politische Teilhabe in unserer Partei
214 besser
215 ermöglichen. Der Bundesverband hat einen Leitfaden für Barrierefreiheit
216 entwickelt, der
217 innerhalb des Landesverbands stärker verbreitet und genutzt werden soll.
218 Desweiteren wird
219 die Landesgeschäftsstelle einen Angebotspool für Gebärdendolmetschung einrichten.
220 Das Thema
221 Barrierefreiheit in der Partei ist damit aber natürlich noch nicht abgeschlossen.
222 Der
Landesverband wird unter Beachtung der finanziellen Kapazitäten das Ziel der
physischen und
digitalen Barrierefreiheit auf allen Ebenen weiter stärken. Dafür werden unter
anderem die
zur Verfügung stehenden Mittel für Barrierefreiheit stärker beworben werden.
Darüber hinaus
wird der Diversity-Rat die Bedarfe in diesem Bereich analysieren und auf dieser
Basis, wenn
nötig, einen Maßnahmenplan für mehr Barrierefreiheit erarbeiten.

223 Im Zuge des Strukturprozesses wurde Klassismus und der Ausschluss aufgrund des
224 sozialen
225 Status kritisch thematisiert. Wir wollen Klassismus in unseren Strukturen
226 abbauen. Der
227 Diversity-Rat soll einen Maßnahmenplan entwickeln, der unter anderem die
228 Sensibilisierung
unserer Amts- und Mandatsträger*innen für klassistische Diskriminierung umfasst.
Dies ist
gerade für unsere Partei, in der ein sehr großer Teil der Mitglieder und Amts-
und
Mandatsträger*innen einen Hochschulabschluss besitzt, eine wichtige Aufgabe.

229 Ein zentrales Anliegen im Bereich Geschlechtergerechtigkeit ist die Stärkung von
230 inter- und
231 transge- schlechtlichen sowie nicht-binären und agender Perspektiven in unserer
232 Partei. In

233 diesem Zusammen- hang wurde die Ausweitung des Frauenstatuts auf ein
234 FLINTA*-Statut
235 diskutiert. Der Landesvorstand begrüßt, dass diese Debatte perspektivisch auf
236 Bundesebene
geführt wird. Zudem möchten wir Struk- turen wie Safe Spaces für FLINTA*
etablieren, um
Sichtbarkeit und Partizipation von FLINTA*-Perso- nen weiter auszubauen. Die
Frauen*Konferenz hat überdies in diesem Sinne im September diesen Jahres für die
Umgestaltung der Frauen*Vollversammlung in eine FLINTA*Vollversammlung votiert.

237 Das Frauenstatut ist ein Grundpfeiler unserer Partei und hat seit vielen
238 Jahrzehnten
239 Tradition. In un- serer Mitgliederumfrage gaben allerdings nur 59 Prozent der
240 Befragten an,
241 dass es sehr oder eher zu- treffend sei, dass das Frauenstatut ordnungsgemäß
242 angewandt
243 werde. Die Zahlen zeigen, wie sehr es weiterhin notwendig ist, regelmäßig auf das
244 Frauenstatut zu verweisen und Neumitglieder genauso wie langjährige Mitglieder
über unsere
Regelungen zu informieren. Daher wird die Landesgeschäftsstelle eine
Informationsoffensive
zur Umsetzung des Frauenstatuts starten, die alle Ebenen, Gliederungen und
Gremien
adressiert. Teil davon wird ein Leitfaden zum Frauenstatut sein.

245 Ein weiteres Ergebnis der Umfrage ist, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder
246 nicht genau
247 weiß, wohin sie sich bei Fällen sexualisierter Gewalt oder Belästigung wenden
248 können. Daher
wird die Landesgeschäftsstelle die Beschwerdekommision für Fälle sexueller
Belästigung
breiter bewerben.

249 Diversity-Schulungen bietet der Landesverband bereits an und wird dies auch
250 weiterhin tun,
um die Diversitykompetenzen unserer Mitglieder und Funktionsträger*innen weiter
zu stärken.

251 **5. Mitmachen**

252 Unsere Partei lebt von ihren Mitgliedern. Es ist unsere Aufgabe, ihnen ein gutes
253 Ankommen
254 und eine niedrigschwellige Mitarbeit zu ermöglichen. Dabei sehen wir uns aufgrund
255 des
256 enormen Wachstums und der Digitalisierung vor Herausforderungen gestellt. Die

257 Integration
258 und Vernetzung neuer sowie langjähriger Mitglieder ist für uns der Schlüssel für
259 eine
nachhaltige Organisationsentwicklung. Gemeinsam mit den Kreisverbänden und
Landesarbeitsgemeinschaften wollen wir den aktuellen On-boarding-Prozess für
Neumitglieder
evaluieren und gemeinsam weiterentwickeln, um sicherzustellen, dass wir trotz des
Wachstums
transparent, agil und vielfältig sind.

260 Im Aufnahmeprozess nach dem Parteieintritt gewinnen die Neumitglieder den ersten
261 Eindruck
262 von uns als Partei. Die Aufnahme ist daher entscheidend, wenn Mitglieder
263 langfristig an die
264 Partei gebunden werden sollen. Die Mitgliederbefragung ergab, dass 73 Prozent der
Neumitglieder (<2 Jahre) sich gut in die Partei aufgenommen gefühlt haben. Die
Materialien,
die zum Eintritt zur Verfügung gestellt werden, wurden als sehr hilfreich
wahrgenommen.

265 48 Prozent der Befragten gaben allerdings auch an, dass sie nicht genau wussten,
266 an wen sie
267 sich bei Fragen wenden können. Strukturen erschließen sich oft erst im Laufe der
268 Zeit und
269 das eigene Engagement muss den passenden Ort in vielen Fällen erst noch finden.
270 Daher
271 wollen wir in Land und Bezirken übersichtlich über die verschiedenen politischen
272 Inhalte und
Mitmachmöglichkeiten informieren, um nachhaltig gesicherte Informationen zur
Verfügung
stellen zu können. Dazu wird das Starterpack für Neumitglieder überarbeitet und
der
Begrüßungsbrief aus der Landesgeschäftsstelle optional durch einen Brief der
jeweiligen
Gliederung sowie mehr Informationen zu Mitmachangeboten ergänzt werden.

273 Darüber hinaus möchten wir die Webseite des Landesverbandes im Bereich
274 "Mitmachen"
275 überarbeiten. In kurzen "How-to"-Videos sollen verschiedene Bereiche der
Parteiarbeit, die
für Neumitglieder besonders interessant sind, erklärt werden.

276 Um für alle Gliederungen einheitliche Standards bei der Aufnahme von
277 Neumitgliedern zu
278 setzen, haben sich im Zuge der Strukturreform die Neumitgliederbeauftragten der

279 Kreisverbände vernetzt. Die- sen Zusammenschluss möchten wir verstetigen und den
280 Austausch –
etwa über Best-Practice-Beispiele – vertiefen und den Aufnahmeprozess für
Neumitglieder
gemeinsam weiterentwickeln.

281 Nicht nur Neumitglieder sollten mit unserer Unterstützung in die Partei
282 integriert werden.
283 Oft ist es auch der Fall, dass Mitglieder, die schon lange in der Partei sind,
284 nicht (mehr)
285 aktiv sind. Um auch die- se Mitglieder zu erreichen, empfehlen wir sowohl dem
Landesverband
als auch den Kreisverbänden, Aktivierungstreffen für sogenannte “Alt”mitglieder
zu
organisieren.

286 Die Digitalisierung der Parteistrukturen ist ein Großprojekt, das wir als Partei
287 über alle
288 Ebenen hinweg weiter vorantreiben werden. Der Bundesverband plant im Rahmen des
289 Strukturprozesses die Weite- rentwicklung der Grünen Tools, z. B.. Auch ein Netz-
290 Login für
291 Nichtmitglieder im Grünen Netz soll geschaffen werden. Auf Landesebene wollen wir
292 die
293 Vernetzung der Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften im Bereich
Digitalisierung
vorantreiben, um den Erfahrungsaustausch und (gemeinsame) Projekte
voranzubringen. Um die
Arbeit in der Partei zu erleichtern, werden die Mailinglisten für Mitglieder neu
konzipiert,
die Mitgliederverwaltung anonymisiert und Finanzprozesse digitalisiert.

294 Viele Ehrenamtliche, die sich bei uns als Vorständ*in oder Sprecher*in
295 engagieren, wissen,
296 wie zeitaufwändig und kräftezehrend das Engagement für die Partei sein kann. Die
297 Überlastung
298 der ehrenamtlichen Strukturen war immer wieder Thema im partizipativen Prozess,
299 sowohl bei
300 den Konferenzen als auch bei Beratungen der Strukturkommission. Aber auch
301 Mitglieder ohne
302 ein Amt wollen Parteiarbeit mit Familie, Beruf und Privatleben vereinbaren. Dazu
wird der
Landesverband sich im Rahmen des Strukturprozesses auf Bundesebene für weitere
Maßnahmen
einsetzen, wie z.B. ein Handout für die Vereinbarkeit von Parteiarbeit mit
Familie, Beruf
und Privatleben. Der Landesverband wird zudem den bestehenden Rahmenvertrag mit

einer

Agentur für Kinderbetreuung verstetigen und weiter in den Gliederungen bekannt machen.

Begründung

Unterstützer*innen des Antrags:

Die Strukturkommission